



MANNNHEIM FÜR MORGEN GESTALTEN

Etatrede 2018/2019

gehalten von Dirk Grunert, Fraktionsvorsitzender
von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Gemeinderat

Dienstag, den 21. November 2017

Inhaltsverzeichnis

Finanzen Seite 03

- Haushalten in konjunktureller Hochphase
- Geplante Investitionen endlich umsetzen
- Investitionen brauchen Personal
- SHM² kritisch begleiten
- Haushaltsaufstellung demokratisch gestalten
- Handlungsfelder mit Leben füllen
- Kreditaufnahme oder verdeckte Verschuldung

Die Zukunft jetzt gestalten Seite 06

- Der Klimawandel in Mannheim
- Klimafolgenanpassungsstrategie
- Klimaschutzkonzeption umsetzen

Mannheim grüner machen Seite 07

- Bäume und Grünflächen schützen
- Grünverbindungen schaffen
- Spielplatzkonzept umsetzen
- Natur- u. Landschaftsschutzgebiete ausbauen
- Naturnahe, attraktive Flusslagen
- Biotopverbundplanung voranbringen
- BUGA 2023 ökologisch hochwertig entwickeln
- In Luisenpark u. Herzogenriedpark investieren
- PFC im Mannheimer Norden
- Insektensterben und Glyphosat

Die Verkehrswende konsequent einleiten Seite 10

- Monnem-Bike und das Fahrradjubiläum
- Integriertes Mobilitätskonzept
- Autofrei gestalten
- Fußgänger*innen mehr Raum geben
- Poser-Szene konsequent angehen
- Radverkehrsanteil steigern
- Förderung von ÖPNV und Carsharing
- Für ein verbundweit gültiges Sozialticket
- Städtischer Fuhrpark erneuerbar
- Anbindung Konversionsflächen an Stadtbahnnetz
- Mehr Güter auf Schiene und Wasser
- Bestmöglichen Lärmschutz gewährleisten
- Luftqualität verbessern
- Einführung der blauen Plakette
- Ladeinfrastruktur ausbauen
- Mannheim auf Klimakurs

Grüne Energie für Mannheim Seite 13

- Klimaschutz ist Energiepolitik
- Die drei „E“
- Block 9 schnellstmöglich abschalten
- Wind- und Solarenergie ausbauen
- Energetische Sanierung stadteigener Immobilien

- Konversionsflächen als Modellquartier
- Das KLIMOPASS-Projekt

Die Stadt weiterentwickeln Seite 15

- Gestaltung der Konversionsflächen
- Wichtige Stadtentwicklungsprozesse stocken
- Architektonische Aufwertung des Stadtbilds
- Die Universität und die Attraktivität des Umfelds
- Weiterentwicklung des Hafengebietes
- Bahnhofsvorplatz und Kaiserring aufwerten
- Hans-Böckler-Platz und der Zugang zum Neckar
- Umwandlung der B38 in Stadtstraße
- Zentrenkonzept konsequent umsetzen
- Kein Zubetonieren von Ackerflächen

Geflüchteten eine Perspektive bieten Seite 17

- Kein Ankunftszenrum auf Coleman
- Flüchtlingsfonds fortsetzen
- Dezentrale Unterbringung von Geflüchteten

Vielfalt – eine Stärke unserer Stadt Seite 18

- Zuwanderung prägt Mannheim
- Integrationsfonds fördern und stärken
- Wertevermittlung auf beiden Seiten
- Jumad – Junge Muslime aktiv für Demokratie
- Mannheimer Bündnis für Vielfalt
- religiöse und weltanschauliche Gleichberechtigung
- Vertretung konfessionsfreier Menschen
- Chancengleichheit und Teilhabe der LSBTI-Community
- Gegen Homo- und Transphobie
- Aufnahme von queeren Geflüchteten
- Antidiskriminierungsbüro in Mannheim
- Engagement gegen Rechts
- Nationalistischen Strömungen in migrantischen Kreisen Grenzen aufzuzeigen

Zum Wohle der Menschen in Mannheim Seite 20

- Sicherheit und Sicherheitsempfinden stärken
- Hilfe leisten muss wieder selbstverständlich sein
- Waffen in Mannheimer Haushalten reduzieren
- Keine Ausnahmegenehmigungen für Spielhallen
- Feuerwehr und Rettungsdienste unterstützen
- Gegen eine Privatisierung des Klinikums
- Keine Einsparung bei Suchtkrankenhilfe

Armut bekämpfen und Wohnraum schaffen

Seite 22

- Verringerung von Ungleichheit
- Nachhaltige Entwicklung der Quartiere
- Kinderarmut bekämpfen
- Alleinerziehende stärken
- Zuschüsse für freie Träger dynamisieren
- Aktiv gegen Überschuldung
- Mehr bezahlbarer Wohnraum
- Neue Wohn- und Lebensformen fördern
- Quote für bezahlbares Wohnen verteidigen

Familien, Kinder und Jugendliche stärken

Seite 24

- Ganztagesplätze bei Kinderbetreuung ausbauen
- Orientierungsplan umsetzen, PIA ausbauen
- Kinder und Jugendliche sind ihre besten Anwält*innen
- 68Deins als effektive Kinder- und Jugendpartizipation
- Mehr öffentlicher Raum für Kinder und Jugendliche
- Unterhaltvorschusskasse und Armutsbekämpfung
- Freie Jugendförderung auskömmlich finanzieren
- Arbeitsgemeinschaften nach §78 stärken
- Verbessertes Case-Management durch „PERM“
- Mehr Sicherheit für Mitarbeiter*innen im Jugendamt.

Raum für Bildung schaffen und bewahren

Seite 25

- Ausbau von Ganztageseschulen
- MAUS als Unterstützungssystem für Ganztageseschulen
- Neunjähriger Weg zum Abitur
- Machbarkeitsstudie für CBS und WvSS
- Stadtbibliothek in die Innenstadt
- Zuschuss für Abendakademie erhöhen
- Schulabbrecher*innen unterstützen, Analphabetismus bekämpfen

Kultur der Teilhabe und Beteiligung

Seite 27

- Bürgerbeteiligung weiter ausbauen
- Regelwerk zur Bürgerbeteiligung umsetzen
- Ideenplattform für Beteiligungshaushalt
- Mängelmelder ausbauen
- Keine Zuschusskürzungen für Kulturschaffende
- Kulturpass weiter unterstützen
- Freier Eintritt in die Kunsthalle

- Generalsanierung des NTM als Herausforderung
- Interkulturelle und soziokulturelle Projekte fördern
- Die integrative Kraft des Sports
- Ökonomisierung des Jugend- und Breitensports
- Erfolgreiche Jugendarbeit braucht engagierte Trainer*innen
- Selbstorganisation der Sportkreisjugend stärken
- Kombibad im Herzogenried zügig realisieren

Nachhaltig wirtschaften

Seite 29

- Ein Gründungszentrum für Umwelt, Mobilität, Smart City und Energie
- Gemeinwohlökonomie und Gemeinwohlbilanz
- Digitalisierung und Online-Handel als Herausforderung
- Öko-soziale und faire Beschaffung
- Wirtschaftsförderung durch internationale Vernetzung
- Den Dialog der Religionen und Weltanschauungen unterstützen
- „Globales Klassenzimmer“ verstetigen
- Globale Nachhaltigkeitsziele als Grundlage städtischer Zielsetzung
- Mannheim als europäische Stadt

Frauenpolitik – aktuell wie eh und je

Seite 31

- Chancengleichheitsplan umsetzen
- Kein Platz für alltägliche Belästigungen und sexistische Sprüche
- Frauen in Führungspositionen
- Geschlechtersensible Daten im Haushaltsentwurf
- Gleichstellungsbeauftragte nicht in ihrer Arbeit einschränken
- Frauentreffs erhalten und fördern
- Geschlechtsspezifische Angebote für Mädchen und Jungen
- Frauen- und Mädchennotruf unterstützen
- Frauenhäuser brauchen Unterstützung der Metropolregion
- Amalie erhalten und angemessen unterstützen

Schlussbemerkung und Danksagung

Seite 32

Es gilt das gesprochene Wort.
Die nicht gesprochenen Passagen wurden zu Protokoll gegeben.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mannheimerinnen und Mannheimer!

Die finanzielle Situation der Stadt Mannheim ist derzeit gut, das scheint wenig strittig. Strukturell ist die Stadt aufgrund der eigentlich vom Bund zu verantwortenden Sozialaufgaben aber grundsätzlich unterfinanziert. Dieses wirkt sich jedoch in dieser stabilen und lang anhaltenden konjunkturellen Hochphase derzeit kaum aus. Der noch aktuelle Doppelhaushalt bringt für die Jahre 2016/2017 massive Überschüsse, die uns ermöglichen im Rahmen des nächsten Doppelhaushaltes mehr zu investieren. Eine halbe Milliarde Euro Investitionen ist schon eine eindruckliche Investitionssumme. Wir hoffen sehr, dass die Verwaltung es hinbekommt, die eingeplanten Investitionen auch in der Höhe umzusetzen. Wir sind diesbezüglich aber skeptisch! Schon in der Vergangenheit hat die Verwaltung es praktisch nie geschafft, die geplanten Investitionen umzusetzen. Wir haben Verständnis dafür, dass es bei einzelnen Investitionen zu Verzögerungen kommt. Kein Verständnis aber haben wir für eine Bugwelle von Haushaltsresten in dreistelliger Millionenhöhe. Hier vermissen wir auch eine Ambition der Verwaltung dieses Thema ernst-

haft anzugehen. Das Gegenteil ist leider der Fall. Der Kämmerer lehnt sich zurück und kalkuliert damit, dass sich diese Bugwelle auch in den nächsten vier Jahren weiterschiebt. Wir fordern ein Ende des Nichtstuns und ein Handlungsprogramm, um diese 100-Millionen-Welle Stück für Stück abzubauen. Ziel muss es sein, die Höhe der investiven Haushaltsreste auf 10 bis maximal 20 Millionen Euro zu drücken. Dies ist finanziell über die nächsten vier Jahre machbar, wenn die konjunkturelle Lage stabil bleibt.

Zweifel haben wir, ob die Umsetzung der geplanten Investitionen mit dem vorhandenen Personal machbar ist. Es braucht keine höhere Mathematik um zu der Erkenntnis zu kommen, dass immer weniger Personal in den relevanten Bereichen wie z.B. Stadtplanung und Tiefbau nicht immer mehr Investitionen umsetzen kann. Diese Erkenntnis scheint sich langsam auch in Teilen der Verwaltung durchzusetzen. Mit den Haushaltsstrukturprogrammen der letzten Doppelhaushalte haben wir aber leider unserer Investitionsfähigkeit geschadet. Ein Gutachten zur

Foto: Pixabay



Personalbemessung im Bereich Bauen und Planen wäre wichtig. Allerdings braucht es den Willen Erkenntnisse dann auch umzusetzen. Oft erlahmt der Umsetzungswille nach dem Ergreifen erster Maßnahmen. Die Erkenntnisse des Steidle-Gutachtens haben nach ersten, durchaus relevanten Verbesserungen, bei der Verwaltungsspitze offensichtlich an Bedeutung verloren. Wir GRÜNE bleiben dran und werden gerade bei der Debatte zum Handlungsfeld öffentlicher grüner Raum die Umsetzung des Steidle-Gutachtens einfordern. Darüber hinaus werden wir darauf achten, dass beim Bau neuer Stadtteile und neuer Infrastruktur die Folgekosten immer gleich mit eingepreist werden. Man kann keine neuen Stadtteile, neue Grünflächen oder neue Straßen bauen, während die Pflege- und Instandhaltungskosten sowie das Personal gleich bleiben. Das funktioniert nicht!

Auch die Vorgehensweise beim neuen Haushaltsstrukturprogramm SHM² sehen wir skeptisch. Hier kommen bei uns Zweifel auf, wie ernst es die Stadtverwaltung mit einer zielorientierten Steuerung meint und was SHM² wirklich ist – ein Modernisierungs- oder doch ein klassisches Einsparprogramm.

Wenn wir uns ein zentrales Element des SHM²-Programms anschauen, scheint die Einordnung klar. Die Verwaltung fällt hier wieder in Verhaltensmuster der Ära Widder zurück und setzt auf die Methode Rasenmäher. Die Zuschussempfänger der Stadt, die Aufgaben für uns erledigen – oftmals auch Pflichtaufgaben der Stadt – sollen alle jeweils eine 1%-Kürzung bekommen. Alle? Nein, diejenigen, die Glück hatten und deren Zuschuss bereits per Vertrag geregelt ist, nicht. Wir fragen hier: Was hat das mit zielorientierter Steuerung zu tun? Ist die zielorientierte Steuerung nur ein netter Marketing-Gag um Verwaltungspreise zu gewinnen? Wenn man das Thema ernst nimmt, kann man nicht einen solchen Vorschlag machen. Der Umgang mit Zuschussempfängern in unserer Stadt ist eine Schande. Wir vergeben Pflichtaufgaben an Dritte und legen dann einmalig einen Festbetrag fest, den sie dafür erhalten. Das Problem von Inflation und Personalkostensteigerung blenden wir einfach aus, es ist ja nicht mehr unser Problem. Dieses kurzsichtige Handeln ist das Gegenteil von Nachhaltigkeit. Wir zwingen so auch immer mehr Träger aus Tarifverträgen auszusteigen, um irgendwie Zuschuss und Personalkosten in Einklang halten zu können. Und jetzt will die Stadtverwaltung diese Zuschüsse noch um 1% kürzen. Das muss man

sich genauer betrachten. Die Zuschüsse steigen insgesamt massiv an. Aber wer profitiert und wer verliert? Der SPD-Oberbürgermeister schlägt hier vor: Die Kleinen sollen einsparen und die Großen bekommen Millionen hinzu. Es soll eine Umverteilung stattfinden von Arm zu Reich, von Klein zu Groß, von freien Trägern aus der Bürgergesellschaft hin zum städtischen Konzern. Ca. 150 Zuschüsse von Dritten werden gekürzt, aber die städtischen Tochtergesellschaften und Eigenbetriebe wie Kunsthalle, Rosengarten, mg:GmbH und Nationaltheater bekommen teilweise Millionen hinzu. Hier geht der vorgeschlagene Weg in eine komplett falsche Richtung! Hier braucht es eine deutliche Korrektur. Dritte, die Aufgaben für uns erledigen, müssen einen dynamisierten Zuschuss erhalten. Eine solche Umverteilungspolitik, die mehr Ungerechtigkeit in unserer Stadt schafft und wertvolle Strukturen austrocknet, können und werden wir nicht unterstützen. Wir unterstützen die Verknüpfung der Zuschüsse mit den Zielen der Stadt, und wir unterstützen auch eine Überprüfung, ob es Zuschüsse gibt, auf die man verzichten kann, aber die 1%-Kürzung halten wir für grundlegend falsch.

Die Stadtverwaltung ist bei der Aufstellung des Haushaltsstrukturprogrammes einen nicht nachvollziehbaren Weg gegangen. Vor mehr als zwei Jahren hat Bürgermeister Specht den Betrag von 42 Millionen Euro als Einsparsumme aus dem Hut gezaubert. Die Herkunft dieser Zahl konnte er schon damals nicht nachvollziehbar erklären. Seitdem haben sich die wirtschaftlichen und finanziellen Rahmendaten unserer Stadt deutlich verändert – deutlich verbessert – aber die 42 Millionen Euro sind geblieben. Ein Schelm, wer denkt, dass Sparen bzw. die Sparsumme hier Selbstzweck ist. Sollte anfangs diese Summe durch Modernisierung erzielt werden, wurde – für die Verwaltung vollkommen überraschend – festgestellt, dass dies so kurzfristig und in dieser Höhe nicht funktioniert. Die Antwort der Verwaltung darauf: Dann machen wir halt zur Hälfte wieder ein altbackenes Sparprogramm und zwingen die Fachbereiche in Kürzungen. So ein Vorgehen passt nicht zum Anspruch eine der modernsten Stadtverwaltungen Deutschlands zu sein.

Auch bei der Haushaltsaufstellung hat die Verwaltung dieses Mal erneut ein neues Verfahren gewählt. Es stellt sich die Frage, ob uns das als Stadt vorangebracht hat. Eines zumindest hat sich jedoch nicht geändert: Der Haushalt ist laut Verwaltung so genau aufgestellt, dass es über die Vorschläge der Verwaltung hinaus keinen Spiel-

raum geben soll, auch nicht bei verbesserter Steuerschätzung. Es fällt nicht schwer zu prognostizieren, dass sich am Ende herausstellen wird, dass doch noch Spielraum gegeben war für wichtige Anliegen des Gemeinderats. Dieses Schauspiel stärkt nicht gerade das Ansehen kommunaler Demokratie. Hier wäre eine Veränderung des Vorgehens im Rahmen der Haushaltsaufstellung angezeigt. In anderen Städten ist es kein Problem, dass sich Verwaltung und Gemeinderat im Vorfeld der eigentlichen Haushaltsberatungen über die finanziellen Rahmendaten verständigen und auch über den finanziellen Handlungsspielraum für zusätzliche Anliegen des Gemeinderates. Hier wäre ein wenig Mut nötig, sich von der überholten Vorgehensweise der Vergangenheit zu trennen.

Auch scheint die Verwaltung, insbesondere das Dezernat I, sich wieder Haushaltsposten für spätere Entscheidungen eingebaut zu haben. Wir wagen die Prognose, dass im Laufe der Jahre weitere Ausgabenwünsche seitens der Verwaltung auftauchen werden, die dann ohne Probleme aus mehr oder weniger bekannten Haushaltsstellen finanziert werden können. Für weitere Ausgabenwünsche des Gemeinderates wird es absehbar aber keine finanziellen Handlungsspielräume geben. Diesbezüglich hatte die SPD im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen recht kurzfristig einen Vorschlag gemacht. Dieser wurde im Nachgang dann leider nicht weiter thematisiert. Es ist an der Zeit, diese Idee aufzugreifen und weiterzuentwickeln.

Im Rahmen dieses Haushaltes gibt es erstmalig Handlungsfelder. Was sind diese Handlungsfelder tatsächlich und welche Bedeutung haben sie? Sind sie mehr als strukturierende Überschriften für die Haushaltsrede des Oberbürgermeisters? Sind sie in zwei Jahren schon wieder vergessen? Passen Sie eigentlich zu unseren strategischen Zielen und zum Prozess des Herunterbrechens der globalen Nachhaltigkeitsziele auf Ebene unserer Stadt? Oder sind sie nur eine schnelle Antwort auf die aktuelle gesellschaftliche Stimmung wie die Häufung des Heimatbegriffs in der Rede des Oberbürgermeisters?

Auch hier herrscht bei uns Skepsis. Es sind durchaus wichtige Zukunftsaufgaben beschrieben. Die Stärkung der Demokratie, die Bekämpfung von Armut, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und die Verkehrswende – auch wenn sie verschämt Stärkung des Umweltverbundes genannt wurde, um die ewig Gestrigen nicht vor den Kopf

zu stoßen. Aber was steckt mehr dahinter als die Sammlung schon vorhandener und angedachter Aktivitäten unter einer neuen Überschrift? Wir GRÜNE werden die Umsetzung dieser Handlungsfelder einfordern und Vorschläge machen. Wir hoffen, in diesen Themenfeldern etwas in Bewegung bringen zu können. Wir befürchten aber, dass am Ende nicht viel mehr herauskommt als die flächendeckende Totalüberwachung des öffentlichen Raumes beim Handlungsfeld Öffentlicher Raum, und dass die Begründung des öffentlichen Raumes vergessen wird. Wir lassen uns aber gerne durch umgesetzte Projekte und Maßnahmen vom Gegenteil überzeugen.

Wie finanzieren wir den angestrebten Haushalt? Allzu schwer fällt es uns als Stadt kurzfristig nicht, aber mittelfristig wird es schwieriger. Nutzen wir dann dafür alle uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten? Nein, aus ideologischen Gründen wird eine Finanzierungsquelle ausgeschlossen. Die Stadtverwaltung hatte mit dem Projekt der Erneuerung der Straßenbeleuchtung ein Paradebeispiel dafür gefunden, wie wir wichtige Investitionen über Kredit umsetzen und die Rückzahlung aus den energetischen und finanziellen Einsparungen der Investition tätigen können. Sinnvoller kann man das Mittel Kredit gar nicht einsetzen. Aber was passiert am Ende? Der Oberbürgermeister knickt vor der Ideologie der CDU ein und zieht seinen eigenen Vorschlag zurück. Auf wessen Kosten? Auf Kosten weiterer wichtiger Investitionen wie z.B. einer weiteren Schulsanierung. Das sind die Kosten dieser CDU-Ideologie. Welche Möglichkeiten haben wir darauf zu reagieren? Versteckte Schuldenaufnahme! Statt ehrlich und transparent Kämmererschulden aufzunehmen, lagern wir dann Kredite in unsere Tochtergesellschaften aus und belasten den städtischen Ergebnishaushalt mit Mietzahlungen. Aber was ich nicht im aktuellen Haushalt sehe, ist ja nicht da ...

Wir sehen diesen Haushalt als ein Sammelsurium verschiedenster durchaus wichtiger Maßnahmen und Projekte, die klare Linie fehlt uns jedoch. Wir GRÜNE werden versuchen durch unsere Anträge eine klarere Richtung zu geben. Wir wollen Schwerpunkte setzen. Wir wollen das gesellschaftliche Engagement stärken, den Lebenswert unserer Stadt durch mehr Grün steigern und die Verkehrswende in unserer Stadt angehen anstatt die Herausforderungen der Zukunft weiter zu ignorieren. Wir haben uns sehr gefreut, dass die Stadt vom „Global Forum on Human Settlements“ in Kooperation mit dem

Umweltprogramm der Vereinten Nationen“ in New York für das Thema Nachhaltigkeit ausgezeichnet wurde. Aber es geht uns um mehr als Preise für die Stadtverwaltung. Wir wollen, dass die großen Herausforderungen unserer Zeit ge-

löst werden und unsere Stadt ihren Beitrag dazu leistet. Von daher war es für uns sehr enttäuschend, dass in der Haushaltsrede des Oberbürgermeisters das Thema Klimaschutz nicht ein einziges Mal erwähnt wurde.

Die Zukunft jetzt gestalten

Der Klimawandel ist wahrscheinlich die größte Herausforderung unserer Zeit. Die weltweite CO₂-Konzentration in der Atmosphäre steht auf einem Rekordhoch, und die UN warnt einmal mehr vor einem unumkehrbaren Klimawandel, sollte der Ausstoß von Treibhausgasen nicht in den nächsten 10 Jahren deutlich reduziert werden. Unabhängig von den Ergebnissen des Bonner Klimagipfels muss die Stadt Mannheim ihren versprochenen Beitrag leisten. Klimaabkommen auf nationaler Ebene sind wichtig, aber noch wichtiger ist eine konkrete Umsetzung vor Ort. Die Stadt Mannheim – der Gemeinderat – hat sich verpflichtet auch in unserer Stadt den CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2020 um 40% zu reduzieren. Dieses Ziel werden wir nicht erreichen, wenn Verwaltung und Gemeinderat nicht deutlich umsteuern. Der Pro-Kopf-Ausstoß von CO₂ liegt in Mannheim mit 11 Tonnen pro Einwohner*in über dem Bundesdurchschnitt und deutlich über dem Durchschnittswert von Baden-Württemberg mit 8,6 Tonnen. Es gibt bisher leider viel zu wenige Ambitionen außerhalb des Dezernats V hier etwas zu tun. Aber Klimaschutz ist keine Aufgabe für einen Fachbereich oder ein Dezernat. Er ist eine Herausforderung, die wir über die ganze Stadtverwaltung und ihre Tochtergesellschaften hinweg umsetzen müssen. Hier fordern wir offensiv ein, dass sich in Zukunft mehr tut.

Unabhängig davon ob der Menschheit eine Begrenzung der Erderwärmung auf maximal 1,5 Grad gelingt, wird sich das Mannheimer Stadtklima weiter verändern. Heiße Sommer mit heißen Sommernächten sind schon heute ein großes gesundheitliches Problem für ältere Menschen, Kranke, Kinder, Schwangere etc. Hier müssen wir vor Ort gegensteuern, um ganz konkret die Lebenssituation unserer Bevölkerung zu verbessern und um die zu erwartende zusätzliche Wärmebelastung abzumildern. Es geht darum, konkrete Anpassungsstrategien an die Folgen des Klimawandels zu entwickeln und umzusetzen. Dank der personellen Aufstockung der Klimaschutzleitstelle,

die die GRÜNE Gemeinderatsfraktion beim letzten Haushalt auf den Weg gebracht hat, wird nun in Mannheim an der Erstellung unserer Klimafolgenanpassungsstrategie gearbeitet. Zentrale Bedeutung haben dabei:

- die Sicherung der verbliebenen, großen Freiraumstrukturen und Grünzäsuren, der Erhalt und die qualitative Verbesserung von Kaltluftentstehungsgebieten,
- die Umsetzung der Planungsempfehlungen aus der Stadtklimaanalyse 2010,
- die Sicherung der Grünflächen in den hochverdichteten Quartieren und die Entsiegelung von Hinterhöfen und öffentlichem Raum und
- der Ausbau der Fassaden- und Dachbegrünung.

Beim letztgenannten Punkt wollen wir ganz konkret nachsteuern. Es hat sich gezeigt, dass die größte Hürde bei der Umsetzung von mehr Dach- und Fassadenbegrünung nicht das Geld ist, sondern die nicht ausreichenden Beratungskapazitäten. Hier wollen wir eine bessere Beratung von Bürger*innen und Unternehmen sicherstellen. Gleichzeitig wollen wir die Begrenzung des Programms auf die Innenstadt aufheben. Auch in den anderen innerstädtischen Gebieten wie der Neckarstadt oder der Schwetzingenstadt sind Dach- und Fassadenbegrünung äußerst sinnvoll.

Um die Umsetzung der Klimaschutzkonzeption zu bündeln und zu effektivieren erachten wir es als notwendig, Personal und Fördermittel zur Umsetzung der „Klimaschutzkonzeption 2020“ und seiner Fortschreibung und der „Konzeption Energiesparmaßnahmen“ in der Klimaschutzleitstelle zu bündeln, so wie es der Oberbürgermeister in seinem Wahlkampf 2015 zugesagt hatte. Nur so lassen sich Synergien bei Klimaschutzprojekten erreichen.

Konkret zeigen sich zwei große Aufgabengebiete, die wir in unserer Stadt angehen müssen: Wir brauchen mehr Grün und weniger Grau in den verdichteten Stadtbereichen und wir müssen es schaffen zügig eine Verkehrswende einzuleiten. Hier werden wir als GRÜNE Gemeinderatsfraktion besondere Schwerpunkte setzen.

Mannheim grüner machen

Ob Bäume, kleine Grünflächen oder die großen Stadtparks, sie alle dienen der Naherholung und erhöhen die Lebensqualität in der Stadt. Theoretisch herrscht darüber Einigkeit im Gemeinderat. Steht der Erhalt innerstädtischer Grünflächen jedoch in Konkurrenz zu Bauprojekten – welcher Art auch immer – haben die Grünflächen schnell das Nachsehen und werden überbaut. Innerhalb der hochverdichteten innerstädtischen Quartiere sind wir am Ende einer verträglichen Nachverdichtung angelangt, im Gegensatz zu einigen Vororten, in denen eine Nachverdichtung noch sinnvoll sein kann. Innerhalb der Quadrate gingen in den letzten Jahren viele kleine Frei- und Brachflächen verloren. Daher sind wir sehr zufrieden, dass wir einen Beschluss zur Sicherung der innerstädtischen Grünflächen erreichen konnten. Der aktuelle Zustand der Grünflächen ist jedoch nicht zufriedenstellend. Es ist gut, dass das Dezernat V Gelder für die Verbesserung von Wegen und Treppen in den Parks eingestellt hat. Darüber hinaus wollen wir aber auch das Grün in den innerstädtischen Parks aufwerten und Grünverbindungen schaffen, so zum Beispiel zwischen Lauerschen Gärten und dem Scipiogarten. Wir greifen das Handlungsfeld grüner öffentlicher

Raum auf und wollen dieses stärken. Nicht nur Grünflächen sind wichtig, mindestens ebenso wichtig ist der Baumbestand. In den letzten beiden Haushaltsberatungen konnten wir bereits wichtige Erfolge erzielen und Gelder für die Pflanzung neuer Bäume bereitstellen. Unser Ziel ist die grüne Netto-Null. Der aktuelle Baumbestand muss qualitativ und quantitativ mindestens erhalten bleiben. Ein wichtiges Instrument ist dafür die Baumschutzsatzung. Diese ist mittlerweile stark veraltet und bietet kaum Anreize Bäume zu erhalten. Bei einer Novellierung müssen strengere Maßstäbe für den Baumerhalt angesetzt werden.

Im letzten Jahr hat der Gemeinderat nach langem Ringen das Spielplatzkonzept für Mannheim verabschiedet, das für sämtliche Spielplätze ein Sanierungs- und Entwicklungskonzept aufgestellt hat. Damit werden die Spielplätze in Mannheim erstmalig gesamthaft betrachtet und eine nachhaltige Instandhaltungs- und Sanierungsplanung aufgesetzt. Dieses Konzept muss nun aber zeitnah umgesetzt werden. Mit den im Haushalt veranschlagten Mitteln würde dieses 30 Jahre dauern, das muss unbedingt beschleunigt werden. Wir wollen daher die Ressourcen für Bau und Unterhalt von Spielflächen deutlich erhöhen, um damit eine familienfreundliche Stadtentwicklung im gesamten Stadtgebiet zu fördern.

Foto: Pixabay



In Mannheim konnten in den letzten Jahren einige Gebiete als Natur- oder Landschaftsschutzgebiete gesichert werden. Gerade dieses Thema ist mit dem Namen Wolfgang Raufelder verknüpft, der sich diesbezüglich hohe Verdienste für unsere Stadt erworben hatte. Ganz im Sinne von Wolfgang Raufelder setzen wir uns für den Erhalt und Ausbau dieser Schutzgebiete ein. Mit dem Verbleib der amerikanischen Streitkräfte auf Coleman hat sich die Ausweisung als Naturschutzgebiet leider auf unbestimmte Zeit verzögert. Die Stadt ist hier dringend gefordert in Zusammenarbeit mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe dafür zu sorgen, dass die Pflege der Flächen, die zum Erhalt ihrer ökologischen Wertigkeit notwendig ist, gewährleistet wird.

Als weiteres, neues Schutzgebiet in Mannheim sind für das Landschaftsschutzgebiet Rheinau Kaserne die nötigen Untersuchungen getätigt. Die GRÜNE Gemeinderatsfraktion erwartet nun eine baldige Unterschutzstellung des Gebietes, um die vorhandenen Sandrasenflächen zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Die besondere Lage Mannheims an Rhein und Neckar ist ein Potential an naturnahen, attraktiven Flusslagen, das bisher zu wenig genutzt wird. Die Ufer sind immer noch technisch stark überbaut und in ihrer ökologischen Wertigkeit deutlich eingeschränkt. Mit Landesmitteln ist es nun im nächsten Jahr möglich, am Neckar auf Feudenheimer und Neuostheimer Gemarkung die Vorplanung für zwei Flachwasserzonen zu beauftragen. Damit kann eine ökologische Aufwertung des Neckarufers erreicht und gleichzeitig ein attraktiver Zugang zum Ufer für die Bevölkerung gestaltet werden – eine klassische Win-Win-Situation, die im weiteren Verlauf vom Land mit 85% bezuschusst wird. Diese Chance müssen wir nutzen!

Die verschiedenen Biotop Mannheims müssen miteinander verbunden werden, um eine reichhaltige Tier- und Pflanzenwelt zu erhalten. Die Biotopverbundplanung in Mannheim scheint aber leider eine never ending story zu sein. Doch der Biotopverbund ist eigentlich eine Pflichtaufgabe nach dem Bundesnaturschutzgesetz. Mannheim hat es sich zur Aufgabe gemacht, auf dieser Basis den Naturhaushalt zu stärken und die landschaftliche Erholungsfunktion zu verbessern. 2004 wurde die Biotopverbundplanung für Mannheim Süd veröffentlicht, Mannheim Nordwest steht vor der Fertigstellung. Nun sollte das letzte Teilgebiet Mannheim Nordost zügig beauftragt werden. Die Daten liefern dann wichtige

Grundlagen für die Entwicklung des Grünzugs Nordost und dessen Einbindung in die Biotopstrukturen des Stadtgebietes.

Die Austragung der BUGA 2023 ist nach einem langen und kontroversen Diskussionsprozess vom Gemeinderat beschlossen worden. Damit wurde die Freiraumplanung des Grünzugs Nordost der BUGA gGmbH übergeben. Für die GRÜNE Fraktion hat die ökologische Entwicklung der Flächen oberste Priorität. Für das Spinelli-Gelände ist uns wichtig, die Lebensräume für die nachgewiesenen, stark gefährdeten Arten wie Wildbienen, Fledermäuse und Vögel zu erhalten und den großen mittleren Bereich von Spinelli möglichst naturnah und mit natürlicher Sukzession zu entwickeln. Hier braucht es eine Zusammenarbeit mit einem darauf spezialisierten Planungsbüro.

Im Landschaftsschutzgebiet Feudenheimer Au sind großflächige Änderungen vorgesehen, deren Vereinbarkeit mit der Schutzgebietsverordnung noch nicht geklärt ist. Veränderungen des Hochgestades und die Anlage eines Sees sind mit dem massiven Eingriff in das Schutzgut Boden abzuwiegen. Gleiches gilt für die Anlage neuer Wege. Es braucht einen behutsamen Umgang mit den vorhandenen Strukturen und Biotopen. Die Erhaltung der sehr hohen Leistungsfähigkeit der Au als Kaltluftentstehungsgebiet muss Grundlage aller Planungen sein.

Bezüglich der Finanzierung des Grünzugs freuen wir uns, dass die Landesregierung neben dem Zuschuss von 20 Mio. Euro sogar weitere 30 Mio. Euro Zuschüsse für einzelne Maßnahmen in Aussicht gestellt hat. Wir erwarten, dass diese Mittel über die Anmeldung ökologisch hochwertiger Projekte akquiriert werden. Für die BUGA brauchen wir jetzt die Entwicklung eines attraktiven Ausstellungskonzeptes, denn am Beispiel der eigentlich attraktiven IGA in Berlin sehen wir, wie schwer es ist ausreichend hohe Besucherzahlen zu erzielen.

Der Luisenpark und der Herzogenriedpark sind herausragende innerstädtische Erholungsgebiete und in der Bevölkerung sehr geschätzt. Aber in die Attraktivität der Parks wurde viel zu lange nicht genügend investiert. Wir begrüßen es sehr, dass endlich Schwung in die Weiterentwicklung der Stadtparks kommt. Das ist dringend notwendig, denn trotz größter Beliebtheit sind die Besucherzahlen bereits rückläufig. Hier sehen wir auch die Chance die Parks deutlich zu stärken.

Die Flächeninanspruchnahme in Mannheim durch Siedlung und Verkehr liegt mit 58,2% sehr hoch. Ungestörte Böden sind entsprechend selten und mehr oder weniger auf landwirtschaftliche Flächen und den Wald beschränkt. Umso besorgniserregender ist die Belastung der Ackerflächen mit PFC im Mannheimer Norden. Wir erwarten hier neben der regelmäßigen Berichterstattung der Stadt im AUT auch vom Regierungspräsidium eine transparente Öffentlichkeitsarbeit. Sanierungsmaßnahmen von Böden und Grundwasser sind nach dem derzeitigen Kenntnisstand technisch schwierig und kaum zu finan-

zieren. Wenn auf den Flächen die landwirtschaftliche Nutzung nicht mehr möglich ist, sollte eine Umwandlung in Grünland erfolgen.

Bei der Neuverpachtung von städtischen Ackerflächen sind ökologisch anbauende Landwirte zu bevorzugen. Das dramatische Insektensterben appelliert an unsere Verantwortung, die biologische Vielfalt zu erhalten und die ökologische Leistungsfähigkeit unserer Böden zu wahren, damit sich auch nachfolgende Generationen von Mannheims Böden ernähren können. Der Einsatz von Pestiziden wie Glyphosat muss beendet werden!

Foto: Fotolia / andreaskoch02



Die Verkehrswende konsequent einleiten

Die Stadt erstickt zunehmend an der Menge privater Autos mit Verbrennungsmotoren. Stau und Parkplatzsuche nerven nicht nur die Autofahrer*innen selbst, sondern vor allem Bewohner*innen. Verkehr belastet uns mit Lärm und gesundheitsschädlichen Abgasen. Der Stress im Straßenverkehr steigt stetig für alle Verkehrsteilnehmer*innen. Die parkenden Autos stellen die Stadt zu und belegen einen großen Anteil des öffentlichen Raumes. Wie unsere Stadt anders aussehen kann, hat das Monnem-Bike-Festival zum 200-jährigen Jubiläum des Zweirades eindrucksvoll gezeigt. Die Mannheimer*innen und die Gäste aus dem Umland waren begeistert davon, wie sie unsere Stadt ohne die Verkehrsbelastung erleben konnten. Dem Monnem-Bike-Team möchten wir an dieser Stelle nochmals ganz herzlich für die herausragende Organisation des Jubiläumsjahres danken. Dieses Erlebnis einer fußgänger- und radfahrerfreundlichen Stadt wollen wir verstetigen und jedes Jahr ein solches Wochenende gestalten. Diese Begeisterung für eine nachhaltige Mobilität – unter Beteiligung des großen Engagements von Vereinen und Bürgerinitiativen – wird uns bei der Bewältigung der Verkehrswende in unserer Stadt helfen.

Für eine verbesserte Mobilität in Mannheim braucht es ein integriertes Mobilitätskonzept, das die verschiedenen Verkehre vernetzt betrachtet. Schon bei den vorletzten Haushaltsberatungen wurde dies auf einen Antrag meiner Fraktion hin zugesagt. Seitdem warten wir auf ein erstes Zwischenergebnis. Wenn die Verwaltung keine Kapazitäten dafür hat, muss sie es nach außen vergeben. Dies ist zeitnah nötig, um für die Konversionsflächen eine belastbare Planungsgrundlage für die Stadtentwicklung zu erhalten und in den verdichteten Quartieren den Problemen rund um den Individualverkehr begegnen zu können.

Das Besondere an Mannheims Innenstadt ist diese Mischung aus Wohn- und Einkaufsstadt, wie sie nur in wenigen Städten zu finden ist. Für das Flanieren und Leben in der Innenstadt wünschen sich die Menschen mehr Freiraum und mehr Grün. Wir wollen gezielt einzelne Straßengebiete autofrei gestalten. Erste Projekte bieten sich in der verlängerten Jungbuschstraße bzw. entlang des Swansea-Platzes an. Aber auch die Zentren in

den Stadtteilen wollen wir betrachten. Es zeigt sich immer wieder, dass diese verkehrsfreien Bereiche nicht nur der Anwohnerschaft dienen, sondern auch dem Einzelhandel. Autofreie Planken konnten sich viele vor gut vierzig Jahren auch nicht vorstellen. Ergänzend wollen wir Park & Ride ganzjährig ausbauen, um Autoverkehr in der Innenstadt zu reduzieren. Die Anlieferung der Geschäfte in der Innenstadt muss dringend geändert werden. Die Anzahl der parkenden Autos ist auf den Planken unter den gegebenen Umständen nicht in den Griff zu bekommen. Die Stadt muss ein Grundstück in Innenstadtnähe bereitstellen, am geeignetsten scheint hier das Hafengebiet. Dort braucht es ein Verteilzentrum, in dem die Waren der verschiedenen Lieferdienste ladenspezifisch neu kommissioniert werden. Die Anlieferung erfolgt dann mittels elektrischer Streetscootern und Lastenrädern. Durch elektronische Poller wird die Autofreiheit außerhalb der Lieferzeiten abgesichert und innerhalb der Lieferzeiten stark reduziert, und die Attraktivität der Planken dadurch deutlich gesteigert.

Die Stadt hat für die Innenstadt und für den Stadtteil Neckarau mittels Fußverkehrs-Check untersuchen lassen, welche Hindernisse es für Fußgänger*innen gibt und welche Änderungen für mehr Fußverkehr vorgenommen werden müssen. Die Umsetzung dieser Maßnahmen lässt leider bis heute auf sich warten. Wir setzen darauf, dass das Handlungsfeld öffentlicher Raum hier genutzt wird, um den ruhenden Verkehr auf öffentlichen Wegen und Straßen zu verringern und Fußgänger*innen mehr Raum zu geben. Rad- und Fußwege sowie eigentlich autofreie Zonen wie die Planken müssen zukünftig ordnungsrechtlich und baulich konsequenter von Fahrzeugen freigehalten werden. Zugeparkte Geh- und Radwege sind völlig inakzeptabel. Sie behindern Rollstuhlfahrer*innen, ältere Menschen und Eltern mit Kinderwagen, vergraulen aber ebenso auch die Besucher*innen unserer Stadt. Nicht nur in der Innenstadt, sondern gerade auch in den Stadtteilen gibt es zahlreiche, teilweise hochproblematische Situationen, in denen gefährliches Parken nur durch Schwellen oder Pfosten verhindert werden kann. Bisher scheitern die verschiedenen Bezirksbeiräte mit ihren Anliegen immer daran, dass keine Mittel zur Verfügung stehen. Dem wollen wir abhelfen. Wir wollen ein Budget schaffen, aus dem gerade die Anliegen der Bezirksbeiräte zur Verhinderung gefährdendes Parkens in den Stadtteilen finanziert werden können. Das Knowhow und das Engagement der Bezirksbeiräte wollen wir nutzen.

Ein weiteres Problem ist die sogenannte Poser-Szene. Die Aktionen der Verkehrspolizei haben gezeigt, dass mit konsequenten Maßnahmen Erfolge erzielt werden können. Aber auch hier gilt es dran zu bleiben. Nach wie vor gibt es einen harten unbelehrbaren Kern. Wir setzen daher darauf an zwei entscheidenden Stellen ausfahrbare Pfosten in Fressgasse und Kunststraße einzubauen, um eine nächtliche Durchfahrt zu verhindern – eine Querung der Quadrate über diese Straßen ist nachts verkehrstechnisch absolut verzichtbar.

In den letzten Jahren konnten wir in Mannheim einiges zur Verbesserung des Radverkehrs erreichen, oftmals erst gegen heftigen ideologischen Widerstand wie beim Umbau der Bismarckstraße. Nach wie vor sind wir aber mit der derzeitigen Zielmarke von 18% weit von der angestrebten Marke von 25% Radverkehr beim Modal Split entfernt, die der Oberbürgermeister im Rahmen seiner letzten Wahlkampagne zugesagt hat. Das heißt, wir müssen in den nächsten Jahren den Radverkehr noch um mehr als 40% steigern. Als nächste konkrete Maßnahme stehen die Radwege entlang der Augusta-Anlage auf der Agenda. Wir wollen Stück für Stück die Lücken im Mannheimer Radverkehrsnetz schließen. Das 21-Punkte-Programm für mehr Radverkehr muss nun mit Blick auf die

nächsten fünf bis zehn Jahre aktualisiert und ausgebaut und in ein gesamtstädtisches Mobilitätskonzept integriert werden. Neben dem Bau neuer Radwege, Radschnellwege und Fahrradstraßen mangelt es häufig an Kleinigkeiten. Oftmals sind es wenige Meter Radweg, die fehlen, oder einzelne Stellen, die dringend ausgebessert müssen. Sowohl meine Fraktion als auch der BUND haben am Rande des Radjubiläums Hinweise der Bevölkerung gesammelt, wo es solche Stellen gibt. Wer ab und zu in Mannheim per Rad unterwegs ist, ahnt, dass trotz des gestiegenen Stellenwertes des Radverkehrs in der Verwaltung eine große Anzahl Mängel gemeldet wurden. Diese Mängel wollen wir Stück für Stück angehen. Oft können mit kleineren Beträgen deutliche Verbesserungen für Radfahrer*innen erreicht werden. Dafür wollen wir ausreichend Mittel im Haushalt zur Verfügung stellen. Zur zügigen Umsetzung der Pläne in der Radverkehrsinfrastruktur bedarf es nicht nur der dafür nötigen Sachmittel, es müssen auch ausreichend Personalstellen für die Umsetzung vorhanden sein.

Die Förderung von Rad- und Fußverkehr ist nicht zuletzt auch eine soziale Maßnahme, denn nicht jede*r kann sich ein Auto leisten. Die Förderung von ÖPNV inklusive Ruf- und Frauennachttaxis sowie Carsharing nicht nur im Kernstadtbereich und

Foto: Daniel Latorre / Flickr



die Förderung von attraktiven und sicheren Fuß- und Radwegen muss deutlich mehr Stellenwert erhalten. Wir begrüßen, dass im Haushaltsentwurf eine Mittelerhöhung für das aktuelle Modell des Sozialtickets vorgesehen ist. Trotzdem bleibt unser Ziel die Einführung eines verbundweit gültigen Sozialtickets in Form einer Monatskarte vergleichbar dem Maxx- oder Job-Ticket bzw. der Karte ab 60. Wir fordern deshalb die Stadtverwaltung auf, endlich in ernsthafte Verhandlungen mit dem VRN und den anderen Städten einzutreten. Diese verbundweite Lösung wäre am Ende auch günstiger für den städtischen Haushalt.

Im Bereich des ÖPNVs stehen wir in den kommenden Jahren vor zwei großen Aufgaben. Als erstes müssen wir unseren Fuhrpark erneuern und erweitern. Dies kann nur mit finanzieller Hilfe des Landes funktionieren. Daher ist zu begrüßen, dass auf Initiative der grünen Landtagsfraktion wieder Mittel zur Kofinanzierung des rollenden Materials vom Land zur Verfügung gestellt werden. Als zweites wollen wir unser Stadtbahnnetz weiter ausbauen. Mit einem Modal-Split-Anteil des ÖPNV von 13% geben wir uns nicht zufrieden, auch hier wollen wir die Zusage des Oberbürgermeisters von 20% Anteil am Modal Split realisiert sehen. Aktuell sind wir vom Ziel noch mehr als 50% entfernt, und leider war die Beförderungsrate zuletzt sogar leicht rückläufig. Noch während der letzten Wahlperiode des Gemeinderats sahen viele, auch Mitglieder dieses Gremiums, in der Stadtbahn Nord den letzten großen Ausbau des Stadtbahnnetzes. Doch die Erfolgsgeschichte des Stadtbahnnetzes wird und muss weitergehen. Als dringendste Maßnahme steht der Umbau des Knotens Hauptbahnhof an. Wir benötigen hier schnellstmöglich weitere Kapazitäten. Diese brauchen wir für die Anbindung der Konversionsflächen, die wir zügig angehen wollen. Dabei denken wir an Franklin, aber ebenso an die Anbindung Spinellis oder des Turley-Areals (über eine neue Haltestelle am Eisenlohr-Platz). Auch den Ausbau an barrierefreien Haltestellen und an dynamischen Fahrgastinformationstafeln wollen wir vorantreiben, ebenso wie eine Verbesserung des Spät- und Nachtbetriebes.

Wir wollen mehr Güter und mehr Personen auf die Schiene und aufs Wasser bringen. Denn wenn Güter auf der Schiene transportiert werden, entsteht nur rund ein Viertel der CO₂-Emissionen eines Lkw-Transports. Daher stehen wir zu einem konsequenten Ausbau der Infrastruktur für den Güterverkehr. Der Rangier-

bahnhof hat für die wirtschaftliche Entwicklung Mannheims große Bedeutung. Dieser Mehrverkehr auf der Schiene darf aber nicht einseitig zu einer Beeinträchtigung der Lebensqualität führen. Daher fordern wir einen bestmöglichen Lärmschutz, wie er auch bei anderen Projekten in Süddeutschland erreicht werden konnte. Wir halten es für notwendig, zunächst in einem Gesamtkonzept zu klären, auf welchen Routen zukünftig welche Zugverkehre durch Mannheim und die Region rollen werden, bevor über Ausbauprojekte entschieden wird. Wichtig ist uns, dass der Hauptbahnhof auch zukünftig optimal an die ICE-Strecke angebunden ist. Um zu einer guten und breit getragenen Lösung zu kommen, ist es notwendig, dass alle Beteiligten – Bürger*innen, Verwaltung, Politik und Bahn – an einem Tisch gemeinsam die Planung der künftigen neuen Strecke diskutieren.

Der Verkehr ist einer der Hauptverursacher der schlechten Luftqualität in Mannheim. In den letzten Jahren hat sich die Situation leicht verbessert, bei Feinstaub liegen wir mittlerweile unter den EU Grenzwerten. Die Entwicklung beim Stickoxid ist ebenfalls leicht rückläufig, liegt aber über dem seit 2010 geltenden EU-Grenzwert. Hier ist die Stadt gezwungen dringend zu handeln. Auch eine Klage der Deutschen Umwelthilfe, die schon mehrere solcher Verfahren gewonnen hat, steht im Raum. Die Gesundheitsbelastung der Bevölkerung darf nicht länger ignoriert werden.

Was ist zu tun? Wir setzen auf die Einführung der blauen Plakette. Diese wurde lange von CDU/CSU blockiert und damit die Städte im Stich gelassen. Wir gehen davon aus, dass eine mögliche neue Bundesregierung den Städten endlich hilft, damit wir hochbelastete Zonen von Fahrzeugen mit besonders hohen Emissionen freihalten können. Die Bundesförderung für eine gesündere und klimafreundliche Mobilität wollen wir nutzen. Ein wichtiger Schritt ist dabei auch die Förderung alternativer Antriebsarten. So muss die Stadt Mannheim mit gutem Beispiel vorangehen und den gesamten städtischen Fuhrpark sukzessive umrüsten, natürlich auf Grundlage erneuerbarer Energien. Dies gilt auch für die Busse der RNV. Um die individuelle Umrüstung des PKW zu fördern wollen wir die Ladeinfrastruktur mit Strom aus erneuerbaren Energie stadtweit aufbauen, sodass die Nutzung eines Elektroautos statt eines Autos mit Verbrennungsmotor im Alltag praktikabler und attraktiver wird.

Aber nicht nur die Stadt ist gefragt, Emissionen zu reduzieren. Insbesondere auch die Mannheimer Industrie als Emittent von über 40% des CO₂-Ausstoßes in Mannheim ist gefordert ihren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Hier ist die im Rahmen des Programms „Mannheim auf Klimakurs“ von Bürgermeisterin Kubala ins Leben gerufene Klimaallianz lobend zu erwähnen.

Grüne Energie für Mannheim

Ein ganz wesentlicher Pfeiler des Klimaschutzes ist die Energiepolitik – ein Politikbereich, dem der Gemeinderat in den letzten Jahren nicht genügend Gewicht beigemessen hat. Wir begrüßen sehr die Kampagne „Mannheim auf Klimakurs“,

Mittlerweile haben sich elf Mannheimer Unternehmen, darunter bekannte Namen wie John Deere, ABB, die MVV Energie AG, Daimler EvoBus und Roche zum Ziel bekannt, den Klimaschutz mit der Stadt zusammen in Mannheim voranzutreiben. Ein positives Signal, das es weiter auszubauen gilt.

die schon einige beispielhafte Aktionen wie das Autosparen durchgeführt hat. Hier wollen wir weitermachen. Grundlage der Energiepolitik müssen die drei „E“ sein – „Erneuerbare Energien“, „Energieeffizienz“ und „Energieeinsparung“. Die Energieerzeugung der Zukunft kann nur erneuerbar sein. Die Strukturen dafür müssen heute aufgebaut werden. Die Energieerzeugung

Foto: BUND / Gustavo Alabiso



gung aus fossilen Brennstoffen geht ihrem Ende entgegen, vor allem die Kohleverstromung steht vor dem baldigen Aus. Die MVV Energie AG als städtische Beteiligung hat sich dieser Entwicklung insgesamt gestellt und ist auf einem guten Weg – mit einer Ausnahme. Nach wie vor erzeugt sie über ihre Beteiligung am GKM – das in der Rangliste der schädlichsten Kohlekraftwerke Europas auf einem schändlichen 15. Platz liegt – Unmengen an CO₂ und verursacht neben Klimaschäden auch massive soziale und ökologische Schäden in den Herkunftsstaaten der Kohle. Unsere Verantwortung hört nicht an den Stadtgrenzen oder bei der Besetzung von Aufsichtsratsposten auf. Der Block 9 muss schnellstmöglich abgeschaltet werden. Und nein, kein Grund zur Panik, in Deutschland gehen die Lichter nicht aus und wir müssen keinen Strom importieren, wenn die 20 am stärksten belastenden Kohlekraftwerke abgeschaltet werden. Dies haben aktuelle Studien erneut eindeutig belegt.

Der Umbau der Energieversorgung erfordert neben dem Aufbau intelligenter Stromnetze vor allem den Ausbau von dezentralen Systemen zur Energieversorgung. 60 Prozent der Mannheimer Haushalte sind an das Fernwärmenetz angeschlossen. Dieses Fernwärmenetz muss ebenfalls Stück für Stück auf erneuerbare Energien umgerüstet und an neue Wärmequellen, vor allem auch dezentrale kleine Einheiten, angeschlossen werden. Die Stadt Mannheim muss auch ihren Anteil am Ausbau der Windenergie übernehmen. Wir stehen weiterhin zur Errichtung von Windkraftanlagen im Mannheimer Norden – mit angemessenen Abstandsregeln, unter Einhaltung von Lärmgrenzwerten und unter Berücksichtigung des Natur- und Artenschutzes. Dem Sankt-Florians-Prinzip, wie es vor allem CDU und ML betrieben haben, widersetzen wir uns. Für die städtischen Liegenschaften setzen wir auf die Errichtung von Solaranlagen. Hier gibt es ein großes Potential, das vom Fachbereich Immobilienmanagement bisher zu wenig in Angriff genommen wird. Es gibt darüber hinaus bereits jetzt ein landesweites Dachflächenkataster, woraus man Informationen für alle Mannheimer Dächer entnehmen kann. Neben den städtischen Finanzmitteln gibt es hierfür Förderprogramme des Landes, sowie die Möglichkeit einer Solardachbörse für Mannheim. Die Stadt muss hier ihrem Vorbildcharakter gerecht werden, indem sie selber handelt, aber auf der anderen Seite auch Anreize für ihre Bürger*innen setzt um den Wandel voranzutreiben.

Neben der Erzeugung von erneuerbarer Energie kommt es vor allem darauf an, weniger Energie zu verbrauchen bzw. diese effizienter einzusetzen. Als Stadt müssen wir die Ambition haben über die gesetzlichen bzw. baurechtlichen Energievorgaben hinauszudenken. Dazu gehört an erster Stelle die energetische Sanierung der stadteigenen Immobilien. Änderungen im Gebäudebereich sind enorm wichtig. Es ist allerdings vergleichsweise aufwendig nachzurüsten und umzubauen – eine enorme Aufgabe, mit der wir noch Jahre beschäftigt sein werden. Umso wichtiger ist es bei Neubauvorhaben von Anfang an hohe Standards anzulegen. Leider ist dies bisher in Mannheim kaum vorgekommen. Große Teile der Verwaltung betrachten es schon als besondere Leistung, wenn man sich an die gesetzlichen Mindestvorgaben hält. Ein Blick nach Heidelberg genügt, um zu sehen, wie ambitionslos gerade der Bereich Stadtplanung hier in Mannheim aufgestellt ist. Außer dem Thema Blockrandbebauung scheint man kaum über andere Konzepte nachzudenken.

Hier wollen wir umsteuern, gerade im Bereich der Konversionsflächen. Eine große Bedeutung kommt dem neuen Wohnquartier auf Spinelli zu. Hier erwartet die GRÜNE Gemeinderatsfraktion hohe energetische Standards, die auch tatsächlich umgesetzt werden. Es soll ein echtes Modellquartier entwickelt werden, das die vielfältigen Möglichkeiten der Energieeinsparung und -erzeugung genauso umsetzt wie die energetische Vernetzung von Gebäuden und Fahrzeugen. Es soll ein Quartier entstehen, das beweist, dass zukunftsfähiges Bauen und bezahlbares Wohnen keine Gegensätze sind, und dass ein mobiles Leben auch mit deutlich weniger PKW und damit weniger Stellplätzen zu erreichen ist. Ein erfolgversprechender Einstieg kann das KLIMOPASS-Projekt sein, das in Zusammenarbeit mit dem KIT klimaangepasstes Bauen in der Bauleitplanung verankern soll. Wir setzen darauf, dass im Bereich Spinelli besser geplant und vor allem umgesetzt wird als dies beim Quartier auf Franklin der Fall war, bei dem entgegen den ursprünglich anspruchsvollen Zielen des Rahmenplans nun doch bei Einzelprojekt nach Einzelprojekt meist nur die gesetzlichen Richtwerte zum Energiestandard eingehalten werden.

Die Stadt weiter entwickeln

Es ist und bleibt wahr, wie wir es bei den letzten Haushaltsberatungen schon formuliert haben: „Die Konversion bietet Mannheim die Möglichkeit, seinen notwendigen Beitrag zum immer dringlicher werdenden Klima- und Naturschutz zu leisten. Der gerechte und nachhaltige Ausgleich zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, sozialer Verantwortung und dem schonenden und weitsichtigen Umgang mit den Ressourcen der Natur sollte oberste Leitlinie sein bei der Gestaltung aller Konversionsflächen. Das ist nicht mathematisch zu gewährleisten nach dem Motto „das eine machen wir hier, das andere setzen wir dort um“! Allein die Beispiele Kaltluftströme und Biotopvernetzung belegen die Notwendigkeit, den Ausgleich von möglichen Zielkonflikten nahezu auf jedem Quadratmeter zu bewerkstelligen.“ Erfreulicherweise verstehen viele der Investor*innen auf den Konversionsflächen dieses von uns bereits vor zwei Jahren so formulierte Anliegen und entwickeln entsprechende Modelle. Es muss sich aber erst noch zeigen, ob sich die notwendigen innovativen Konzepte, vor allem hinsichtlich künftiger Verkehrs-

situationen gegen die „Parkraumbewahrer“ alter Schule durchsetzen werden. Wir hoffen es sehr und engagieren uns hierfür!

In Mannheim stehen – neben der Konversion – noch zahlreiche weitere wichtige Stadtentwicklungsprozesse an. Leider stocken diese bisweilen, und auch die Haushaltsrede des Oberbürgermeisters hat nicht direkt Mut gemacht, dass es hier mit Elan vorangehen wird.

Das Vorgehen des Bereichs Stadtplanung wirkt dabei oft als hätte es die gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten 15 Jahre nicht gegeben. Kindertageseinrichtungen werden bei Bebauungsplänen nach wie vor oft nicht mitgedacht, sondern teuer und den Ablauf verzögernd nachträglich eingeplant. Klimaschutzaspekte spielen ebenso wenig eine Rolle. Es wird geplant als wäre Mannheim nicht betroffen. Grünflächen werden oft überbaut, wertvolle Bäume gefällt. Hier wird offensichtlich innerhalb der Stadtverwaltung nicht genügend zusammengearbeitet. Es kann nicht sein, dass ein Bereich baut und der andere Bereich sich um die Umwelt kümmert. Hier müssen eine Verschränkung und ein Ausgleich der Interessen stattfinden. Es ist ein Systemfehler, dass die Grünplanung nicht im Umweltdezernat verortet ist. Anstatt von vornherein den Sachver-

Foto: Pixabay



stand der entsprechenden Verwaltungseinheiten einzubeziehen, scheint die Stadtplanung für sich allein vor sich hinzuarbeiten. Hier braucht es eine andere Haltung!

Erfreulich war die Entwicklung beim Thema Baukultur in den letzten Jahren. Die Beratung von privaten Bauvorhaben bezüglich der architektonischen Qualität ist eine Bereicherung für die privaten Bauherr*innen wie für die Stadt. Die architektonische Aufwertung des Stadtbildes muss auch in Zukunft weitergehen. Dafür muss aber die Stadt ihrerseits alte Pfade verlassen. Die ideenlose Blockrandbebauung auf allen Flächen ist keine zukunftsfähige Idee. Ebenso fehlt in der Stadtplanung die Erkenntnis, dass man die innerstädtischen Stadtteile nicht immer weiter verdichten kann. Innenverdichtung macht bei vielen Stadtteilen im Norden und Süden Mannheims Sinn, aber für die Kernstadt ist hier die Grenze der Verträglichkeit bereits überschritten. Weitere Verdichtungen führen zu einem Verlust an Lebensqualität und steigern die Gesundheitsbeeinträchtigungen der Bewohnerschaft. Das Festhalten an Innenverdichtung und Blockrandbebauung erinnert an die Umsetzung der autogerechten Stadt in Ludwigshafen. Eine Fehlentwicklung, die eine Stadt über Jahrzehnte belasten kann!

Neben der Lösung der schon beschriebenen Verkehrsproblematik und der Notwendigkeit von mehr Grün in den Quadraten, gibt es weitere Stadtentwicklungsaufgaben im Innenstadtbereich. Eine spezielle Entwicklung wird zukünftig die westliche Oberstadt nehmen. Die Universität Mannheim wächst weiter deutlich. In dem Quartier werden zukünftig noch viel mehr Studierende und Wissenschaftler*innen arbeiten und leben. In einem ersten Schritt soll der Campus über die Bismarckstraße hinweg neu gestaltet werden. Klar ist, dies soll zu einer Aufwertung des Geländes genutzt werden, ein Zubauen weiterer Flächen kann es nicht geben. Wie es der Uni-Rektor mehrfach betont hat, ist für die Universität die Attraktivität des Umfelds einer der wichtigsten Wettbewerbsfaktoren. Ein wesentliches Element zur Attraktivierung des Schlossparks ist die Wegnahme des Verkehrslärmes, der den Park von der Stadt abtrennt und zu einem subjektiv düsteren und unsicheren Ort macht. Mit der Aufwertung und Fortentwicklung der westlichen Oberstadt muss eine verkehrliche Entwicklung stattfinden. Das Mehr an Menschen dort darf keinesfalls zu mehr Autoverkehr führen. Hier sind mutige Lösungen für Rad und ÖPNV nötig.

Für die Zukunft wünschen wir uns auch eine Weiterentwicklung des Hafengebietes. Leider können die Potenziale, die dieses Gebiet hat, derzeit nicht genutzt werden. Die Weiterentwicklung wird bisher durch die Hafengesellschaft blockiert. Wir setzen darauf, dass in wenigen Jahren vielleicht Diskussionen möglich sind, und wir werden in der Zwischenzeit die Planungen dafür vorantreiben. Vor allem die Weiterführung der Promenade bis zum Lindenhof ist uns wichtig.

Seit Jahren wartet auch der Bereich um den Kaiserring auf eine Aufwertung. Der Bahnhofsvorplatz und der Kaiserring sind das Entree für alle Menschen, die Mannheim per Bahn erreichen. Der Weg in die Innenstadt und zum Kongresszentrum Rosengarten ist leider wenig attraktiv. Spätestens bis zur BUGA wollen wir den Boulevard Kaiserring umsetzen, mit einladenden breiten und grünen Wegen zum Flanieren und dem Lückenschluss des Radweges. Der Knotenpunkt Kaiserring/ Bismarckstraße sollte noch einmal verkehrstechnisch untersucht werden auf weitere Optimierungsmöglichkeiten, speziell bei stärkerem zukünftigen Stadtbahnverkehr.

Auch nördlich der Innenstadt muss der Entwicklungsprozess endlich weitergehen, der sich seit über zehn Jahren hinzieht. Wir wissen schon lange, dass Mannheim riesige ungenutzte Potenziale an den Flüssen hat, aber die Verwaltung hat die Entwicklung lange verzögert. Das ist eine Schande. Die Bewohner*innen fordern seit langem, nicht erst seit dem EKI-Prozess, die Stadt zum Neckar hin zu öffnen. Mit dem Beschluss, die Straße am Cahn-Garnier-Ufer zu verlegen und einen ampelregulierten Fußgängerübergang bei U4/U5 zu realisieren, besteht die einmalige Chance, den Hans-Böckler-Platz zu vergrößern und einen großzügigen, begrünten Zugang zum Neckarufer zu realisieren. Wir sind es der Bevölkerung der Innenstadt schuldig, hier nun zügig an die lange versprochene Umsetzung heranzugehen.

Aber nicht nur im Zentrum wollen wir Prozesse voranbringen. Im Norden und Nordosten sind die Konversion und die BUGA große Stadtentwicklungsprozesse, die viel Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Mitten zwischen den Konversionsflächen Franklin und Taylor liegt die Stadtautobahn B38. Einen weniger ansprechenden Stadteingang kann man sich kaum vorstellen. Das wollen wir ändern. Die Umwandlung der B38 in eine Stadtstraße ist ganz wesentlich für eine Attraktivitätssteigerung der anliegenden Stadtteile Vogelstang, Franklin und Käfertal. Ganz klar setzen wir auch

auf die Gestaltung eines sichtbaren Stadteingangs. Wer im Süden von der A656 Richtung Zentrum fährt, erkennt sofort, wo die Stadt beginnt. Im Norden wollen wir die geplante Grünbrücke nutzen, um einen anspruchsvollen Stadteingang zu gestalten.

Ein wesentliches Instrument der Stadtentwicklung ist und bleibt für uns das Zentrenkonzept. Wir bedauern, dass auch unmittelbar nach der Fortschreibung Ausnahmen vom Gemeinderat beschlossen wurden. So wie die damalige Ansiedlung des Marktkaufes in Wohlgelegen ein großer Fehler war, werden mit den Ausnahmen für das Columbusgebiet die Zentren der Vogelstang, das neue Zentrum auf Franklin und erneut das Käfertaler Zentrum belastet. Wir setzen auf eine konsequente Umsetzung des Zentrenkonzepts zum Schutz der Stadtteilzentren.

Geflüchteten eine Perspektive geben

Die Aufnahmestellen für Geflüchtete haben sich gegenüber 2015 und 2016 deutlich geleert. Die Routen nach Europa sind weitgehend dicht. Europa schottet sich ab. Trotzdem suchen weiter Men-

Insgesamt wächst Mannheim als Stadt. Das trifft auf praktisch alle Stadtteile zu. Es gibt eine Ausnahme – für Friedrichsfeld ist ein Bevölkerungsrückgang prognostiziert. Sollte dieses Szenario eintreten, würde dies die Lebensqualität vor Ort deutlich negativ beeinträchtigen. Schon heute sind erste Vorboten im Vereinsleben zu spüren. Die Antwort darauf können aber sicher nicht Antworten aus der Vergangenheit sein, wie es die CDU mit dem Zubetonieren von Ackerflächen für ein Neubaugebiet vorschlägt. Ganz so, als ob es die Probleme von Flächenverbrauch und Klimawandel nicht gäbe. In Friedrichsfeld sollte zusammen mit der Bevölkerung und der GBG ein Konzept der sinnvollen Nachverdichtung des Stadtteils erarbeitet werden. Dort lässt sich das Prinzip Innenverdichtung vor Außenentwicklung tatsächlich sinnvoll umsetzen.

schen Wege nach Europa und für sich und ihre Familien eine Zukunft. Sie fliehen vor Krieg, Terror, Unterdrückung und Hunger. Europa gibt hier ein trauriges Bild ab und erfüllt nicht einmal die versprochenen Aufnahmen im Rahmen des Relocationprogramms. Die aktuelle Situation auf der Insel Lesbos ist ein erschreckendes Beispiel und eine wenig beachtete humanitäre Katastrophe.

Foto: Pixabay



Wir bedauern, dass auch Mannheim in der freiwilligen Aufnahme nicht wirklich ernsthaft aktiv wurde.

Für das Coleman-Areal plant die Verwaltung weiter mit einem Ankunftszenrum, obwohl die Amerikaner das Gelände absehbar nicht räumen werden. Ein Ankunftszenrum auf einem aktiven Militärgelände können wir uns für Menschen, die vor Krieg und Terror geflohen sind, nicht vorstellen. Diese Unterbringung wäre menschenverachtend! Wir halten die Option eines Ankunftszenrums in Mannheim grundsätzlich für den falschen Weg für unsere Stadt. Wenn eine Stadt Integrationsleistungen erbringen kann, dann Mannheim. Das Engagement in der Flüchtlingshilfe in unserer Stadt ist phänomenal. Dieses Engagement sollten wir nicht ausbremsen. Im Gegenteil: Wir setzen uns dafür ein, dass die in der Flüchtlingshilfe engagierten Ehrenamtlichen

weiterhin die Möglichkeit haben geförderte Projekte durchzuführen. Das Mannheimer Bündnis für ein Zusammenleben in Vielfalt wollen wir stärken und über die einander.Aktionstage hinaus Veranstaltungen ermöglichen.

Dass die Verwaltungsspitze einseitig auf ein Ankunftszenrum spekuliert, ist ein großes Risiko und eine riskante Planungsunsicherheit. Selbst für den Fall, dass es eine politische Mehrheit für ein Ankunftszenrum gäbe, erscheint eine Ansiedlung in Mannheim mangels geeigneter Flächen zunehmend unrealistisch. Auch werden zukünftig vermehrt anerkannte Flüchtlinge nach Mannheim übersiedeln. Sich nicht mit der Schaffung von dezentralen Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete in den Stadtteilen auseinanderzusetzen, halten wir für einen großen Fehler. Hier müssen zügig Planungen erstellt werden.

Vielfalt eine Stärke unserer Stadt

Die Stadt Mannheim ist seit ihrer Gründung von Zuwanderung geprägt. Ihre über vierhundertjährige Geschichte basiert auf einem Aufruf in vier Sprachen an alle ehrlichen Bürgerinnen und Bürger, nach Mannheim zu kommen und sich hier niederzulassen. Dieses Zusammenleben in Vielfalt hat über die Jahrhunderte bis auf die schrecklichen Jahre des Nationalsozialismus vorbildlich funktioniert. Wir wollen alles dafür tun, damit dies auch in Zukunft so sein wird. Integration ist folglich ein Thema, mit dem wir uns permanent auseinandersetzen müssen. Als Antwort auf die relativ kontinuierliche Zuwanderung aus Südosteuropa und die hohe Zahl von Geflüchteten vor allem in den Jahren 2015 und 2016 haben wir einen Integrationsfonds und einen Flüchtlingsfonds eingerichtet. Beide Fonds sind sehr flexible Instrumente um relativ unbürokratisch individuelle Ansätze in der Integrationsarbeit zu unterstützen. Diesen Weg wollen wir weitergehen und damit auch das hohe bürgerschaftliche Engagement weiter fördern und stärken.

So wie wir die Integration von Menschen in unserer Mannheimer Stadtgesellschaft fördern, müssen wir ebenso einfordern, dass die Zugewanderten – ohne Aufgabe ihrer kulturellen Identität – die Werte unseres Zusammenlebens akzeptieren, und ebenso, dass alle Teile der Mannheimer Ursprungsbevölkerung den Fakt der Zuwande-

rung und die zugewanderten Menschen akzeptieren. Wir müssen auf beiden Seiten stärker auf Wertevermittlung setzen. Das Handlungsfeld „Stärkung der Demokratie“ ist vor diesem Hintergrund äußerst wichtig. Das Wesen einer offenen und toleranten Stadt auch für die Zukunft zu erhalten wird nur funktionieren, wenn wir als Stadtgesellschaft aktiv daran arbeiten. So begrüßen wir das neu aufgerufene Projekt Jumad – Junge Muslime aktiv für Demokratie. Dies ist ein wichtiges Zeichen! Ebenso wichtig ist, dass wir Projekte etablieren, in denen mit jungen und älteren Menschen der Stadtgesellschaft am Thema Zusammenleben und Demokratie gearbeitet wird, die Vielfalt und Zuwanderung ablehnen. Hier fehlt es bisher eindeutig noch an Angeboten!

Sehr positiv sehen wir – nicht nur vor diesem Hintergrund – das Mannheimer Bündnis für Vielfalt. Es war ein wichtiger Schritt, dass die Mannheimer Erklärung überarbeitet werden konnte und nun eine umfassende Erklärung für Vielfalt und gegen Diskriminierung ist. Auch die Einandertage sind eine Bereicherung für unsere Stadt. Wir setzen darauf, dass gerade auch mittels dieses Bündnisses die verschiedenen Teile der Mannheimer Stadtgesellschaft in den Austausch kommen und zusammenarbeiten. Wir unterstützen dieses Bündnis! Eine nicht zu vernachlässigende Diskus-

sion ist die Entscheidung über die Grenzen des Bündnisses. Wer darf daran teilnehmen? Auch diejenigen, die als Ziel haben dieses Bündnis zu kompromittieren und zu schädigen? Das sicher nicht. Hier braucht es gute und klare Regeln.

Das Thema Religion und Weltanschauung hat bezüglich des gesellschaftlichen Zusammenlebens wieder an Bedeutung gewonnen. Die religiöse Zugehörigkeit oder die vermutete religiöse Zugehörigkeit – Menschen mit Migrationshintergrund aus muslimischen Ländern werden fälschlicherweise per se als Muslime betrachtet und einsortiert, unabhängig von ihrem wirklichen Glauben – bringt neue Konflikte und Diskussionen. Wir GRÜNE sind diesbezüglich nach einem längeren Diskussionsprozess klar aufgestellt: Wir treten für die religiöse und weltanschauliche Gleichberechtigung aller Menschen ein. Niemand darf wegen seines Glaubens oder Nicht-Glaubens bevorzugt oder benachteiligt werden. Das insgesamt positive Verhältnis der Religionsgemeinschaften in Mannheim zueinander trägt dazu bei, dass die weitaus überwiegende Mehrheit der Menschen in unserer Stadt gerade auch in dieser herausfordernden Zeit sich tolerant und respektvoll verhält. Aber diese Zusammenarbeit ist dennoch fragil, wie sich zuletzt gezeigt hat. Ein Austausch ist – bei Bedarf auch unter städtischer Moderation – der einzig sinnvolle Weg zu einem guten Miteinander. Nicht vernachlässigen und vergessen werden wir neben den Angehörigen der zahlreichen Glaubensgemeinschaften die mittlerweile größte gesellschaftliche Gruppe der

konfessionsfreien Menschen, auch wenn diese oft nicht wahrgenommen wird aufgrund ihrer mangelnden Selbstorganisation. Wir werden weiter darauf achten, dass neben den Religionsgemeinschaften auch an die Vertretung der konfessionsfreien Menschen und der freireligiösen Menschen in Debatten und Gremien gedacht wird.

Chancengleichheit und Teilhabe von Menschen vielfältiger sexueller und geschlechtlicher Identität, also Menschen aus der LSBTI-Community, bleibt uns ein wichtiges Anliegen. Mit der Ehe für Alle wurde auf Bundesebene ein wichtiger Meilenstein erreicht. Die Umwandlung von Lebenspartnerschaften wird dank grüner Initiative auf Landesebene und hier vor Ort weitestgehend kostenfrei sein. Wir freuen uns sehr, dass endlich Gleichberechtigung erreicht werden konnte. Nichtsdestotrotz gibt es weiter viel zu tun, auch in Mannheim als urbanem Zentrum. Wir haben spezielle Angebote für LSBTI, aber sichern diese bisher nicht ausreichend ab. Ein sich leider deutlich verschärfendes Problem ist Homo- und Transphobie. Menschen werden auch bei uns in Mannheim beleidigt, angegriffen, diskriminiert und auf ihre sexuelle Identität reduziert. Gegen diese Homo- und Transphobie tun wir zu wenig. Gerade auch Geflüchtete in unseren Einrichtungen müssen leiden. Hier dürfen wir nicht wegsehen. Mannheim als eines der großen Zentren in Deutschland für LSBTI hat hier eine besondere Verantwortung und sollte sich der Aufnahme von queeren Geflüchteten aus dem ländlichen Raum annehmen, wo es häufig keine passende Angebote gibt.

Foto: Stadt Mannheim, Fachbereich Presse und Kommunikation, FB Internationales, Integration und Protokoll



Wir begrüßen die Einrichtung des neuen, unabhängigen Antidiskriminierungsbüros in Mannheim. In städtischen Betrieben und in der Verwaltung müssen Ansprechpartner*innen und Vertrauenspersonen vorhanden sein, um frühzeitig Vorkommnisse, wie die bei der RNV, melden zu können. Rassistisches Verhalten und Diskriminierung kann so frühzeitig bekämpft werden.

Nicht tolerant sind wir als Stadt gegenüber Intoleranz. In Mannheim gibt es ein starkes Engagement gegen Rechts. Der aktive Einsatz für ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben und das breite Bündnis gegen Rechts hat in Mannheim Tradition. Wir halten es für falsch, dass die CDU sich diesem Thema verweigert und Aktionen gegen Rechtsradikalismus den ande-

ren Parteien überlässt. Als Mannheimer*innen müssen wir diesen Einsatz gegen Rassismus und Ausgrenzung gemeinsam breit unterstützen und fördern. Eine „Mangida“ war, auch dank der großen Demonstration von „Mannheim sagt Ja“ am 17. Januar 2015, glücklicherweise nie auf Mannheims Straßen unterwegs. Nichtsdestotrotz hat der Rechtspopulismus auch in Mannheim ein Stück weit Raum gegriffen. Rechtsradikale Strukturen sind zwar geschwächt, haben aber teilweise neue Formen angenommen. Reichsbürger breiten sich aus. Auch nationalistische Strömungen in migrantischen Kreisen wie etwa der „Osmanen Germania Boxklub“ und die „Grauen Wölfe“ sind eine Bedrohung für unsere freiheitliche Gesellschaft. Diesen Strömungen gilt es Einhalt zu gebieten und Grenzen aufzuzeigen.

Zum Wohle der Menschen in Mannheim

Unser Ziel ist es, dass alle Mannheimerinnen und Mannheimer friedlich und sicher in unserer Stadt zusammenleben. Wir wollen, dass die Menschen nicht nur sicher sind, sondern sich auch im öffentlichen Raum sicher fühlen können. Derzeit gibt es in der Gesellschaft eine starke Tendenz zu immer stärkerer Angst vor Kriminalität, die in vielen Fällen unbegründet ist. Wir müssen aufpassen, dass wir die Freiheit, die wir mühsam demokratisch erkämpft haben, nicht verschenken, womöglich einem falschen Gefühlseindruck folgend. Zur Stärkung der Sicherheit und des Sicherheitsempfindens im öffentlichen Raum benötigen wir mehr gut ausgebildete Polizeikräfte. Wir GRÜNE setzen weiterhin auf sichtbare Polizei in der Stadt statt auf Massenbewachung durch Kameras. Wir vertrauen auf Prävention, auf aufsuchende und mobile Sozialarbeit bei Störungen durch problematische Gruppen im öffentlichen Raum und auf Polizist*innen, die rad- und fußläufig unterwegs und damit für die Bevölkerung leicht ansprechbar sind.

Zusätzlich wollen wir die Zivilcourage in der Gesellschaft stärken. Hilfe leisten muss wieder selbstverständlich sein. Das stärkt das Sicherheitsgefühl der Menschen.

Auf Prävention setzen wir auch im Bereich von Schusswaffen. Die verdachtsunabhängigen Vor-Ort-Kontrollen der Waffenbesitzer sind notwendig. Wir wollen die Ausweitung dieser Kontrol-

len und fordern ein, dass die Kosten vollständig von den Waffenbesitzer*innen getragen werden. Unser Ziel bleibt es, die Waffen in Mannheimer Haushalten deutlich zu reduzieren. Die Herausgabe eines Waffenscheins muss strenger und kritischer geprüft werden.

Wir fordern eine strenge Umsetzung des Gesetzes für Spielhallen-Genehmigungen ein. Die Anzahl der Spielhallen muss radikal verringert werden. Ausnahmegenehmigungen für 50 von 55 Spielhallen darf es nicht geben. Hier ist Ordnungsbürgermeister Specht aufgerufen tatsächlich für Ordnung zu sorgen.

Neben der Polizei bilden Feuerwehr und Rettungsdienste, haupt- wie ehrenamtlich, das Sicherheitsgerüst unserer Stadt. Sie leisten Enormes für unsere Stadt. Durch den Neubau der Feuerwache Mitte und die Sanierung der Wache Nord wird das Arbeitsumfeld der Feuerwehrleute deutlich verbessert, auch für die Feuerwache Süd wollen wir eine Zukunftsperspektive schaffen. Unser Dank und Respekt gehört allen hauptberuflichen und ehrenamtlichen Kräften, die sich um das Wohl der Menschen in unserer Stadt kümmern. Hier wollen wir auch explizit die Menschen nennen, die im Gesundheits- und Pflegebereich arbeiten.

Weiterhin steht das Politikfeld Gesundheit in Mannheim im Schatten des Hygieneskandals am Universitätsklinikum und der gescheiterten Eingliederung des Südhessischen Klinikverbundes. Die Aufarbeitung der Umstände und Verantwortlichkeiten in der Vergangenheit sind leider im-

mer noch nicht abgeschlossen und belasten selbst nach Überwindung des entstandenen Imageschadens nicht nur die Bilanz des Klinikums, sondern verunsichern auch weiterhin die hoch engagierte Belegschaft. Zumal immer deutlicher geworden ist, dass ohne eine grundlegende Änderung der Abläufe und Prozesse durch eine entsprechend entwickelte bauliche Ressource die anvisierte Steigerung von Erträgen bei gleichzeitiger Konsolidierung der Kosten nicht nachhaltig erreicht werden kann. Desto mehr freuen wir uns, dass die zuletzt von uns angemahnte Kultur der Kooperation zwischen Fakultät und Klinikum tatsächlich Einzug gehalten zu haben scheint. Und wir begrüßen außerordentlich die Berücksichtigung von Finanzierungsbedarfen des Klinikums im Haushalt der Stadt Mannheim. Mit der Einstellung der Gelder für das Universitätsklinikum geben wir zu, dass auch Mannheim – nicht anders als andere Städte mit kommunalen Kliniken und erst recht nicht anders als die anderen staatlichen Universitätskliniken in Deutschland – mit einer grundsätzlichen Unterfinanzierung von Investitionen und Betriebskosten in Krankenhäusern der Maximalversorgung konfrontiert ist und Kommunen bisher im Regen stehen gelassen wurden. Allerdings müssen wir sehen inwiefern die eingestellten Gelder reichen. Positiv sehen wir die Finanzierungszusagen des Landes. Wir hoffen sehr, dass auch das Klinikum von den auf Bundesebene immer dringlicher werdenden Reformen der Krankenhausfinanzierung, insbesondere hinsichtlich der Themen Krankenpflegepersonal und der Digitalisierung im Krankenhaus profitieren wird. In jedem Fall bekennen wir uns eindeutig zum Universitätsklinikum in städ-

tischen Trägerschaft. Ebenso eindeutig lehnen wir ein einseitiges Drehen an der Kostenschraube mit entsprechendem Personalabbau ab und erteilen jeder Überlegung an eine wie auch immer geartete Privatisierung des Klinikums eine deutliche Absage. Wir gehen davon aus, dass dies auch von den anderen Fraktionen und Gruppierungen im Gemeinderat so gesehen wird und unterstützen die entsprechende Haltung des Oberbürgermeisters uneingeschränkt. Das Klinikum mit seiner herausragenden Stellung als Krankenversorger, Arbeitgeber, Bildungs- und Ausbildungsinstitution und als wirtschaftlicher Innovationstreiber in einem unserer wirtschaftspolitischen Schwerpunktcluster ist viel zu bedeutsam, als dass es im parteipolitischen Kleinklein kaputtgeredet werden darf!

Ebenfalls mit Sorge betrachten wir weiterhin die Entwicklungen im Bereich der kommunalen Suchtkrankenhilfe. Es ist paradox, wenn wir, mehr sicherheits- und tagespolitisch als fachlich getrieben, schnell bereit sind, größere Beträge zu investieren, um mit einem öffentlichen Trinkerraum auf an zentralen Plätzen der Stadt auffällig gewordene Trinkergruppen zu reagieren und es gleichzeitig relativ ruhig hingenommen wird, dass die bei den freien Trägern notwendig gewordenen Einsparungen durch SHM sowohl die bislang gewohnten Standards der Regelversorgung gefährden und für die im Bereich der Suchthilfe besonders bedeutsamen präventiven Maßnahmen immer weniger Geld da ist. Hier fordern wir eine klarere strategische Ausrichtung der Verwaltung ein, welche wir sehr gerne mit entwickeln helfen.

Foto: Von Gboehm81 - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=4158635>



Armut bekämpfen und Wohnraum schaffen

Langfristig gefährden die soziale Ungerechtigkeit und der Mangel an Teilhabechancen den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Hier müssen wir rechtzeitig gegensteuern. „Eine Politik der sozialen Integration, die zur Verringerung von Ungleichheiten beiträgt und der sozialen Ausgrenzung entgegenwirkt, ist die beste Garantie für den Erhalt der Sicherheit in unseren Städten“ – so ist es in der „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ aus dem Jahr 2007 zu lesen. Ein Leitsatz, an dem wir uns orientieren.

Der Mannheimer Sozialatlas aus dem Jahr 2014 gibt uns – sozialräumlich gegliedert – einen Überblick über das Ausmaß an Armut, Ausgrenzung und Teilhabechancen. Leider zeigt der Sozialatlas, dass wir von der Verwirklichung der Chancengleichheit in Mannheim noch ein ganzes Stück entfernt sind, dass nach wie vor große Ungleichheiten in den Mannheimer Stadtbezirken bestehen.

Wir legen daher ein besonderes Augenmerk auf eine nachhaltige Entwicklung der einzelnen Quartiere. Diesen kommt eine hohe Bedeutung auch bei der Integration von neuzugezogenen Menschen zu – denn heimisch werden in einer neuen Stadt beginnt in der Regel in dem Stadtteil, in dem man lebt. Wir freuen uns, dass für das Mannheimer Quartiermanagement e.V. wieder Gelder eingestellt sind. Dazu wollen wir prüfen, ob es weitere Stadtteile gibt, in denen die Einrichtung eines Quartiermanagements sinnvoll ist, um z.B. lokale Netzwerke zu schaffen oder zu stabilisieren. Die Arbeit und Struktur des Mannheimer Quartiermanagement e.V. wollen wir überprüfen und zielorientierter gestalten.

Das Ziel unserer kommunalen Sozialpolitik ist die Gestaltung eines guten Zusammenlebens in unserer Stadt, die Verbesserung der Lebenslagen von benachteiligten Bevölkerungsgruppen und die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen.

In Mannheim ist mehr als jedes fünfte Kind auf Transferleistungen angewiesen, Tendenz steigend. Jedes vierte Kind in Mannheim lebt laut Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg in Armut. Die Zahl der Empfänger*innen von Mindestsicherungsleistungen in den kinderreichsten Stadtteilen Mannheims wie Hochstätt oder Schönau-Nord sind am höchsten. Das zeigt

die prekäre Lebenssituation vieler Kinder in Mannheim. Die eingeschränkten finanziellen Ressourcen haben deutliche Auswirkungen auf verschiedene Lebensbereiche der Kinder, z.B. Bildungsteilhabe, Gesundheit oder soziale und politische Teilhabe. Auch der Anteil der Alleinerziehenden ist genau in diesen Stadtteilen am höchsten. Daher begrüßen wir sehr, dass mit dem integrierten Sozialmanagement die Gruppe der Alleinerziehenden besonders betrachtet wird. Hier müssen aber konkrete Maßnahmen umgesetzt werden. Es geht um Angebote wie in Waldhof-Ost.

Soziale Hilfen, die erforderlich sind, um Ungleichheiten abzubauen und Teilhabechancen zu eröffnen, sind dabei in einem Kommunikations- und Beteiligungsprozess mit den Trägern der freien Wohlfahrtshilfe zu planen und durchzuführen. Eine auskömmliche Finanzierung muss sichergestellt werden. Zu einem erheblichen Teil finanzieren wir als Stadt diese sozialen Hilfen. Der größte Teil davon sind Personalkosten. Diese Zuschüsse wollen wir schrittweise dynamisieren, damit tarifliche Personalsteigerungskosten aufgefangen werden können und die Träger nicht in die Tarifflicht gezwungen werden.

Überschuldung von Haushalten ist ein besonderes Problem in Mannheim. Nach den Zahlen von Creditreform liegen wir mit über 13% Überschuldungsquote deutlich über dem Durchschnitt von Baden-Württemberg. Jede Überschuldung ist für die Betroffenen eine auf das Äußerste belastende und folgeschwere Armutssituation mit weitreichenden wirtschaftlichen, rechtlichen, sozialen und gesundheitlichen Folgen für den Einzelnen, für seine Familie wie für die Gesellschaft insgesamt. Es muss daher in unser aller Interesse liegen Überschuldung präventiv und ihre Folgen nachhaltig zu bekämpfen. In der Schuldenpräventionsarbeit müssen wir hier in Mannheim insbesondere die Gruppe der Jugendlichen und der jungen Erwachsenen noch zielgenauer in den Blick nehmen.

Ein soziales Thema, das in den letzten Jahren enorm an Bedeutung gewonnen hat und auch in Zukunft noch wichtiger werden wird, ist das Thema der Wohnungspolitik. Wir benötigen dringend mehr bezahlbaren Wohnraum in Mannheim. Denn nach wie vor haben Familien mit Kindern, ältere Menschen, Alleinerziehende, Studierende so wie Menschen mit Zugangsproblemen zum privaten Wohnungsmarkt, wie beispielsweise Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderung, sehr große Probleme.

me geeigneten und bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wir stehen für eine soziale Durchmischung in allen Stadtteilen bis hin in einzelnen Wohnblöcke.

Unsere städtische Wohnungsbaugesellschaft GBG hat mittlerweile richtigerweise wieder einen stärkeren Akzent auf den Bau und den Erhalt von bezahlbarem Wohnraum gesetzt. Der Ankauf von Gebäuden durch die GBG wie z.B. das in der Hafenstraße 66 zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum wird von uns unterstützt. Wo dies möglich ist, muss der Erhalt von Wohnungsbestand vor Neubau kommen. Die verbesserten Fördermöglichkeiten sind dabei auszuschöpfen.

Bezahlbaren Wohnraum für Alle zu schaffen muss dabei auch mit Blick auf die Warmmiete geschehen, energetische Sanierungen auf zukunftsfähige Standards dürfen daher nicht ausgelassen werden.

Neue Wohn- und Lebensformen, Wohn- und Mietsyndikate mit alternativen Finanzierungsformen, alternativen und experimentellen Bauformen und Baugemeinschaften, Mehrgeneratio-

nenprojekte und das gemeinsame Wohnen von Menschen mit und ohne Behinderung wollen wir weiter voranbringen und deutlicher fördern. Entsprechenden Projekten sind Flächen verbilligt abzugeben. Gemeinschaftliche Wohnprojekte, Vergabe nach Konzeptqualität, flächenoptimiertes Bauen und ein vielfältigeres und weniger eintöniges Gestalten von Wohnprojekten gehören ebenso zum zukunftsfähigen Bauen wie Programmangebote zur Dach- oder Fassadenbegrünung und der Hinterhofentsiegelung. Die Stadt Mannheim wächst an allen Ecken und Enden. Es zieht die Menschen weiter in die Stadt. Wir werden darauf achten, dass dies nicht zu Verdrängung führt und die Stadt und ihre Stadtteile jeweils Zuhause für alle bleiben.

Mit dem „12 Punkte-Programm unter besonderer Berücksichtigung der Schaffung zusätzlichen preisgünstigen Mietwohnraums“ haben wir als Stadt einen wichtigen Schritt hin zu bezahlbarem Wohnen gemacht. Dieses Programm muss nun mit Leben gefüllt werden. Den großen Erfolg der Einführung einer Quote für bezahlbares Wohnen werden wir verteidigen.

Foto: Pixabay



Familien, Kinder und Jugendliche stärken

Die Kinderbetreuung haben wir in Mannheim in den letzten Jahren deutlich ausgebaut und neue Betreuungsplätze geschaffen. Nebenbei müssen wir vermehrt Mittel zur Verfügung stellen, um die bestehenden Einrichtungen erhalten zu können. Unser Ziel ist es, in den nächsten Jahren insbesondere die Ganztagesplätze auszubauen. Hier besteht weiter eine große Nachfrage, die wir bisher nicht erfüllen können. Auch die Situation der Erzieher*innen wollen wir weiter stärken und fordern vom Land die Umsetzung des Orientierungsplanes ein. Das PIA-Programm war ein deutlicher Fortschritt bei der Stärkung des Erziehungsberufes. Wir werden darauf drängen, dass die Stadt ihre Ausbildungskapazitäten nicht weiter zurückführt, sondern in den nächsten Jahren verstärkt auf PIA umstellt. Wir setzen auf die Qualifizierung von Erzieher*innen im Bereich Inklusion, Diversität und Integration in der Kita. Wir finden es folgerichtig, dass die heutigen Eltern-Kind-Zentren und andere Kitas sich langfristig zu „Early-Excellence-Center“ entwickeln sollten. Diesen Weg wollen wir gemeinsam mit den Freien Trägern gehen.

Bezüglich ihrer eigenen Anliegen sind Kinder und Jugendliche oft die besten Anwält*innen. Der zweite Jugendgipfel vor wenigen Tagen hat es erneut eindrucksvoll bewiesen: Jugendliche sind durchaus in der Lage, ihre Interessen auch im politischen Feld konstruktiv zu vertreten, wenn wir ihnen nur die geeigneten Formate und den Raum, vor allem aber die richtigen Kümmerer*innen als personelles Angebot zur Verfügung stellen. Dies ist uns offensichtlich mit 68Deins und den von Jugendförderung, Stadtjugendring und der Kinderbeauftragten verantworteten Formaten von Stadtteilversammlungen, Kindergipfel, Jugendgipfel, Jugendbeirat und Schule und Demokratie-Vernetzung bislang ganz gut gelungen! Wir können uns perspektivisch vorstellen, diesen Formaten künftig mehr Ressourcen und damit die Möglichkeit zu einer engeren Taktung zu geben. Gar nicht vorstellen können wir uns aber, die vor kurzem eingestellten Mittel für die Koordinationsstelle „Schule und Demokratie“ am Jahresende auslaufen zu lassen. Gerade dieses Format ist offensichtlich gut geeignet, die Kinder und Jugendlichen an einem ihrer zentralen Lebens- und Alltagsorte zu erreichen und die Schülervertretungen der ein-

zelnen Schulen mit den städtischen Anstrengungen zur effektiven Kinder- und Jugendpartizipation zu vernetzen.

Bei allen Partizipationsformaten fällt auf: Kinder und Jugendliche wollen mehr Anteil am öffentlichen Raum. Das Auto und seine Parkplätze haben unsere Kinder und Jugendlichen aus dem öffentlichen Raum verdrängt, machen ihnen die Bewegung dort schwer. Kindern und Jugendlichen den öffentlichen Raum wieder zu öffnen, das ist eines der vordringlichen Ziele unserer Politik. Das reicht von der Öffnung der Schulhöfe über eine konsequentere Spielleitplanung und Unterstützung von innovativen Spielplatzkonzepten bis hin zum Einsatz für eine auch kinder- und jugendgerechte Gestaltung unsere Plätze, sei es in der Innenstadt oder in den Stadtteilen. Auch der mangelnde Zugang zu öffentlichem Raum macht nämlich Kinderarmut aus.

Gerade mit Blick auf die auch in Mannheim erschreckend hohe Zahl an Kindern und Jugendlichen in armen Verhältnissen unterstützen wir eine konsequente Ausrichtung des städtischen Handels am Handlungsfeld der Armutsbekämpfung. Wir begrüßen den schnellen personellen Aufwuchs im Bereich der Unterhaltvorschusskasse und befürworten im Bedarfsfall auch eine weitere Stellenvermehrung in diesem Bereich. Alleinerziehendenhaushalte und deren Kinder dürfen nicht weiter unter zahlungsunwilligen oder -unfähigen Unterhaltverpflichteten leiden!

Nicht weiter leiden sollten auch die Angebote der freien und öffentlichen Jugendförderung und Jugendarbeit unter ihrer Existenz als „freiwillige Leistung“. Unklare und strittige Situationen wie z.B. beim Jugendtreffs Friedrichsfeld und beim CVJM dürfen nicht zu einer unzureichenden Kostenerstattung führen. Wachsende Aufgaben bei den Trägern im Jungbusch und in der Westlichen Unterstadt dürfen nicht zu Lasten des „Kerngeschäftes“ gegenfinanziert, sondern müssen auskömmlich refinanziert werden. Und die notwendigen Entwicklungs- und Koordinierungsfunktionen in der Neckarstadt-West und auf der Hochstätt werden nur mit zusätzlichen Mitteln zu stemmen sein. Für all das engagieren wir uns gerne. Die Sozialraumanalyse der Neckarstadt-West durch die MWSP hat unsere Auffassung bestärkt, dass zur nachhaltigen Entwicklung dieses Stadtteils u.a. Aufbau und Koordination tragfähiger zivilgesellschaftlicher Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche benötigt werden.

Erfreulicherweise hat sich in den vergangenen zwei Jahren der Zugang der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 zum Jugendhilfeausschuss und dessen konzeptioneller Arbeit wieder verbessert. Es fehlt den AGs aber an Ressourcen zur Sicherstellung und Koordination einer qualitativ sinnvollen Arbeit. Es kann nicht sein, dass Fachtage nur dann stattfinden können, wenn eines der jeweiligen AG-Mitglieder eigene Mittel zur Verfügung stellt.

Wir erwarten von „Perm“ wichtige qualitative wie auch ökonomische Impulse in der Jugendhilfe. Für uns stehen dabei nicht Einspareffekte im Vordergrund, sondern ein nach Möglichkeit verbessertes Case-Management. In diesem Sinne werden wir auch weitere Verbesserungsvorschläge in verschiedenen Bereichen der Jugendhilfe einbringen. Denn verbesserte Prozess- und Er-

gebnisqualität wird auch immer den ökonomischen Sinn von bereitzustellenden Strukturqualitäten begründen und deshalb auch haushalterisch auf Dauer positiv wirken.

Die Mitarbeiter*innen im Jugendamt haben in den vergangenen zwei Jahren eine enorme zusätzliche Belastung durch die hohe Zahl an Unbegleitet Minderjährigen Flüchtenden geschultert, wofür wir ihnen Anerkennung und Dank schulden. Sorgen machen wir uns um die Sicherheit der Mitarbeiter*innen im Jugendamt. Es kann nicht sein, dass sinnvolle Sicherheitskonzepte für die Mitarbeiter*innen im Rathaus und im Fachbereich Soziales umgesetzt werden, die gleichen Sicherheitsanforderungen für den „Publikumsverkehr“ im Jugendamt aber noch lange außer Betracht bleiben!

Raum für Bildung schaffen und bewahren

Im Bereich der Schulpolitik werden wir auch die nächsten Jahre damit beschäftigt sein, die Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte anzugehen und gleichzeitig die neuen Herausforderungen unserer Zeit zu erfüllen. Dies ist und bleibt nicht ganz einfach. Der Ausbau von Ganztageschulen findet zwar allgemein Unterstützung im Gemeinderat, aber im Konkreten wird es oftmals schwierig. Wir GRÜNE stehen klar für das System der gebundenen Ganztageschule mit rhythmisiertem Angebot, eindeutig das pädagogisch beste Konzept für unsere Kinder und Jugendlichen. Wir werden weiter dafür werben, um vor Ort Eltern und Lehrkräfte für diese Idee zu gewinnen. Dabei wollen wir das Programm MAUS stärker nutzen. Die Systematik von MAUS ist dabei aber bisher nicht wirklich hilfreich. Schulen bekommen Zusatzangebote, so lange sie noch keine Ganztageschule sind. Gehen sie diesen Schritt, verlieren sie die Angebote. Kein Wunder, dass viele Schulen seit Jahren im Überlegungsprozess verharren und gerne die Angebote von MAUS nutzen, ohne Ganztageschule zu werden. Wir wollen MAUS zu einem Unterstützungssystem für Ganztageschulen weiterentwickeln und die Ganztageschulen unterstützen, nicht falsche Anreize setzen.

Sehr erfreulich ist die Entwicklung, dass nun endlich – nach teils langen Jahren – die beiden Gemeinschaftsschulen in Mannheim die Räume erhalten sollen, die sie für ihr pädagogisches Konzept

benötigen. Das sehen wir auch als unseren Erfolg, für den wir über Jahre gekämpft haben. Ein neues Thema ist mit der plötzlichen Debatte um das G9 in Mannheim entstanden. Wir GRÜNE hatten bereits in der Vergangenheit klar formuliert, dass der Schulversuch des Landes in seiner Ausgestaltung höchst problematisch und dass die Entscheidung für den Standort KFG falsch war. Dass die Verwaltung damals keine offene Debatte über den richtigen Standort zugelassen hat, war ein großer Fehler, wie sich jetzt herausstellt. Wir haben damals Alternativvorschläge gemacht, die

Foto: Pixabay



ohne Diskussion vom Tisch gewischt wurden. Nun droht Mannheim eines seiner öffentlichen G9-Angebote zu verlieren. Dieser absehbare Verlust ist aber vielleicht auch eine Chance. In Kombination mit dem Fehlen eines gymnasialen Angebots auf der Rheinau bietet sich die Chance, den Standort Konrad-Duden nochmals ganz neu zu debattieren. Wir stellen uns gerne einer Debatte über eine zusätzliche Gemeinschaftsschule, die an diesem Standort klar die Perspektive einer Oberstufe hat, bis hin zu einer Außenstelle oder gar einer neuen Gesamtschule. Das Zeitfenster der nächsten beiden Jahre sollte genutzt werden, um diese Frage voranzubringen.

Weitere große Entscheidungen stehen an, die vor allem mit den bereits genannten Versäumnissen der Vergangenheit zu tun haben. Nachdem es die wichtige Einigung zur zukünftigen Schulstruktur auf der Vogelstang gibt – für diese Einigung möchten wir uns nochmals explizit bei den beteiligten Schulen bedanken – muss nun die Frage des Neubaus zügig geklärt werden. Die Ansage des Oberbürgermeisters droht erneut zu einer Luftnummer zu werden, wie es schon die Ankündigung der Schulbauten außerhalb des Haushalts in seiner Haushaltsrede vor zwei Jahren war. Darunter leiden die Hermann-Gutzmann-Schule und Gretje-Ahlrichs-Schule weiter. Wir wollen, dass die Stadt ihr Versprechen zu Turnhalle und Mensa umsetzt und die Planungen für den Neubau auf der Vogelstang vorantreibt. Und auch für die Kosten muss die Stadt dann einstehen und kann dies nicht zu Lasten der zukünftigen Instandhaltung an anderen Schulen betreiben. Ganz und gar verweigert sich die Verwaltung der Debatte um die Zukunft der beiden beruflichen Schulen Carl-Benz und Wernher-von-Siemens. Von diesen Schulen bröckelt der Beton ab und bedroht Leib und Leben von Schüler*innen, Lehrkräften und Passant*innen. Hier plant die Stadtverwaltung nicht einmal eine Machbarkeitsstudie ein, sondern steckt den Kopf in den Sand und hofft, dass der Verfall in den nächsten zwei Jahren stillsteht. Das geht so nicht. Der Oberbürgermeister und seine Verwaltung setzen leider im Bereich des Schulneubaus und -erhalts wieder auf das in den vergangenen Jahrzehnten gescheiterte System der Instandhaltung nach Kassenlage. Mit der Schaffung der BBS wurde dieses System eigentlich durchbrochen. Diese Umstellung war tatsächlich revolutionär. Leider wird sie still und leise zurückgedreht. Die Verwaltung verweigert der BBS eine angemessene Bezahlung ihrer Instandhaltungsleistungen und versucht weitere Aufgaben sogar ohne Bezahlung an diese abzudrücken. Die Rücklagen für die zukünftige In-

standhaltung sollen jetzt doch anderweitig ausgegeben werden. Damit kehrt man zur schlechten Politik des letzten Jahrhunderts zurück. Wir werden uns hörbar wehren und dafür kämpfen, dass die Schulen unabhängig von der aktuellen Kassenlage der Stadt gut instandgehalten werden.

Neben den Schulen sind die Abendakademie und die Stadtbibliothek zwei wichtige bildungspolitische Einrichtungen in unserer Stadt. Die Abendakademie ist bereits vor einigen Jahren in einen angemessenen Neubau gezogen, bei der Stadtbibliothek steht dies in den nächsten Jahren dringend an. An welchem Standort, muss nun entschieden werden. Wir hoffen sehr, dass es im Streit zwischen den Parteien nicht am Ende dazu kommt, dass keine Einigung gefunden wird. Wir GRÜNE wären letztlich bereit beide Standorte mitzutragen, um der Stadtbibliothek die dringend benötigten neuen Räumlichkeiten zu ermöglichen. Aber wir haben eine Präferenz, für die wir uns einsetzen werden. Die Umgestaltung des Parkhauses N2 zu einer zentralen Stadtbibliothek hat aus unserer Sicht große Vorteile. An diesem Standort können wir absehbar mehr Menschen erreichen. Das ist für uns die entscheidende Frage. Dass es für diesen Standort ein Finanzierungsmodell über die MPB gibt ist zusätzlich ein großer Vorteil.

Die Abendakademie hat ihre neuen Räume bereits seit einigen Jahren, und sie hat diese Räume auch gut genutzt. Sie ist ausgelastet bis unter das Dach und hat damit die Stadt auch finanziell deutlich entlastet. Die Lohnkostensteigerung der letzten Jahre wird von der Abendakademie selbst erwirtschaftet. Diese außerordentliche Leistung kann nicht mehr so fortgeschrieben werden. Die Kapazitäten des Hauses sind erschöpft. Wir als Stadt müssen nun wieder unsere Verantwortung übernehmen und den städtischen Zuschuss erhöhen. Die Abendakademie hat wichtige bildungspolitische Aufträge, die sie dauerhaft erfüllen soll. Wohl kaum eine andere Institution in unserer Stadt gibt Menschen, die nicht von Geburt an privilegiert waren, solche Chancen auf Integration, auf berufliche und persönliche Weiterentwicklung wie die Abendakademie.

Wir wollen in den nächsten Jahren neben aller Prävention und Vorbeugung auch den Blick stärker auf die Menschen richten, die durch das System gefallen sind. Auch für diese braucht es ein Angebot. Wir wollen in diesem Sinne die Schulsozialarbeit ausbauen, wieder ein Programm für Schulabbrecher*innen aufsetzen und das Thema Analphabetismus auf die Tagesordnung setzen.

Kultur der Teilhabe und Beteiligung

Wir wollen die Bürgerbeteiligung in Mannheim weiter ausbauen. Die breite Beteiligung und Förderung der frühzeitigen Mitsprache bei Planungen oder zentralen Entscheidungen können das Vertrauen in die Politik stärken und zur Belebung der Demokratie beitragen, wenn sie als offener und transparenter Prozess, als echte Bürgerbeteiligung, erlebt wird. Wir haben das Regelwerk zur Bürgerbeteiligung in Zusammenarbeit mit der Verwaltung erstellt und dabei viele grüne Ideen erfolgreich einbringen können. Damit das Regelwerk gut umgesetzt und von der Bevölkerung angenommen wird ist nun eine entsprechende Ausstattung mit Ressourcen für die Öffentlichkeit notwendig. Wir wollen die Beteiligungsmöglichkeiten um eine Online-Diskussionsplattform erweitern. Hier können wir uns ein Beispiel am Land Baden-Württemberg nehmen, das schon seit Jahren eine Beteiligungsplattform umgesetzt und damit gute Erfahrungen gemacht hat.

Beteiligung setzt Transparenz voraus. Entscheidungen und Vorhaben der Stadt müssen für die Bürger*innen nachvollziehbar sein. Der Ausgang von Entscheidungen und die Gründe für die Ablehnung von Vorhaben müssen für Bürger*in-

nen ersichtlich sein und Ergebnisse rückgekoppelt werden. Wir setzen weiter auf die Einführung von elektronischen Abstimmungsgeräten. Es ist für die Bevölkerung wichtig zu sehen, wie ihre gewählten Vertreter*innen abgestimmt haben.

Auch möchten wir an der Ideenplattform des Beteiligungshaushaltes, der gerade bewertet wird, festhalten. Allerdings braucht es hier wieder eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld der Haushaltsberatungen. Die nächsten Etatberatungen wollen wir wieder klar als Beteiligungshaushalt durchführen. Unser Ziel ist es, dass Projekte aus der Bürgerschaft eine Stimme erhalten, umgesetzt werden und Bürger*innen mehr Einfluss auf den städtischen Haushalt nehmen können. Weitere Online-Elemente wie beispielsweise die Einführung einer Wahlinformationsapp begrüßen wir, halten es jedoch für besser, diese und andere Serviceleistungen der Stadt in ein Portal oder eine städtische App zu integrieren statt mehrere Apps und Portale zu generieren und sie jeweils separat zu bewerben. Wir unterstützen, dass der Mängelmelder ausgebaut wird, um die Bürger*innen über den Umgang mit ihren Meldungen auf dem Laufenden zu halten. Das Bürgerinformationssystem ist nicht wirklich anwenderfreundlich und kein niedrigschwelliger Zugang zu Informationen. Hier regen wir eine Überarbeitung an.

Foto: Fulbert Hauk / EinTanzHaus „Zeitgeist“



Die Idee, der Bürgerbeteiligung einen zentralen Raum in Form eines Stadtlabors zu geben und ihn erlebbar zu machen, unterstützen wir. Eine interessante Ergänzung der wichtigen Beteiligungselemente, die wir konsequent umsetzen wollen.

Kultur hat erfreulicherweise in unserer Stadt einen hohen Stellenwert. Kulturschaffende in Ihrer Arbeit zu stärken und die Kultur allen zugänglich zu machen ist uns dabei ein besonderes Anliegen. Die geplanten Zuschusskürzungen wären gerade im Kulturbereich verheerend, denn viele Kulturschaffende arbeiten bereits am Rande des Existenzminimums. Die Freie bzw. nichtstättische Kulturszene macht einen bedeutenden Teil der Vielfalt unserer Stadt aus. Diese Szene ist gewachsen und muss strukturell gestärkt werden. Dabei werden wir durchaus genau hinschauen. Die Arbeit der neu eingerichteten Stelle zur Beratung der Freien Szene wollen wir gerne Ende 2018 evaluieren. Synergien und neue Förderquellen für diese Szene sind unserer Meinung nach unabdingbar.

Den Zugang zu Kultur wollen wir für alle sicherstellen. Dabei hilft der Kulturpass. Dieses wachsende und äußerst erfolgreiche Projekt bedarf weiterer Unterstützung.

Die Eröffnung des Neubaus der Kunsthalle wird ein großes Ereignis. Wir freuen uns, dass für Menschen, die sich die Eintrittspreise nicht leisten können, eine gute Lösung erreicht werden konnte. Der grundsätzlich freie Eintritt für Kulturpassinhaber*innen dürfte bundesweit ein vorbildliches Muster sein.

Eine riesige Herausforderung steht mit der Generalsanierung des Nationaltheaters an. Wir streben eine Lösung an, bei der sich Land und Bund beteiligen. Der Erhalt dieser Kulturinstitution mit überregionaler Ausstrahlungskraft ist uns ein wichtiges Anliegen – eine Finanzierung kann aber nicht auf Kosten anderer Bereiche stattfinden.

In der Kulturszene ist derzeit einiges in Bewegung: Dem Cinema Quadrat drücken wir die Daumen bei der Neuauftellung in K1. Wir unterstützen die Stabilisierung bei der Professionalisierung des Theater/haus G7. Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass aus der Trinitatiskirche in G4 das EinTanzHaus werden konnte und freuen uns besonders, dass dieses nun, gesichert finanziert, Ende September eröffnet wurde. Dieser eindrucksvolle Kulturort mitten im Zentrum sollte sich in das Quartier hinein öffnen und

ebenso für andere Kulturschaffende Bühne sein.

Interkulturelle und soziokulturelle Projekte, wie beispielsweise OMM, Creative factory oder die Kulturhäuser Waldhof, Schönau und Käfertal, haben besondere Aufmerksamkeit verdient, müssen stabilisiert und gefördert werden. Das Kulturhaus Käfertal ist durch den Umbau in einer schwierigen Phase und braucht Unterstützung.

Sport verbindet und schafft Verständnis über alle sprachlichen und kulturellen Grenzen hinweg. Das haben viele engagierte Aktive in den Vereinen gezeigt, als es in den beiden vergangenen Jahren galt, die vielen Geflüchteten in das Leben unserer Stadt zu integrieren. Gerade aber auch hier zeigt sich der Nachteil der Situation in Mannheim als Erstaufnahmestandort, der von der dauerhaften Integration „befreit“ ist. Die integrative Kraft des Sports und die Ressourcen unserer Vereine laufen ins Leere, wenn nach Wochen und Monaten die geknüpften Kontakte zu den geflohenen Menschen durch deren Verteilung ins Land hinein gekappt werden. Dadurch wird das hohe ehrenamtliche und oft auch finanzielle Engagement auf die Dauer demotiviert.

Gerade der Fußball entfaltet mit seiner dominanten Omnipräsenz in den Medien eine unschätzbare integrative und identitätsstiftende Wirkung. Die aktuellen Entwicklungen im bezahlten Fußball zeigen aber auch die zerstörerischen Wirkungen durch übertriebene Ökonomisierung und Kommerzialisierung bis hinein in den Jugend- und Breitensport. Und das nicht nur aufgrund der weiter zunehmenden Regulierungen innerhalb des organisierten Fußballs, sondern auch durch Erwartungshaltungen selbst in den unteren Spielklassen, wo inzwischen monatliche Geldzuwendungen an die Spieler und materiell motivierte Abwerbungen von Spielern selbstverständlicher Alltag geworden sind. Aus unserer Sicht eine ebenso gefährliche Entwicklung, ähnlich wie die „Inflation“ der Kunstrasenspielflächen. Diese lassen bei gleichbleibenden Förderbedingungen ein Sterben all jener Vereine in 15 bis 20 Jahren befürchten, die sich außerhalb der Förderbindungsfristen eine Sanierung dieser Flächen nicht leisten können. Wir halten es für fatal, wenn Kunstrasenplätze zum Kernkriterium einer erfolgreichen Jugendarbeit im Verein erklärt werden. Für uns bleibt das Kernkriterium guter und erfolgreicher Jugendarbeit im Vereinssport das personale Angebot an qualifizierten und engagierten Trainer*innen. Wir wünschten, hier würden nur ansatzweise vergleichbare Summen investiert wie

in die künstlichen Grashalme! Daher unterstützen wir einerseits einen Umbau der Sportstättenförderrichtlinien und andererseits eine verbesserte personelle Ausstattung der Sportkreisjugend für deren wichtige koordinative Funktionen, die ohne eine nur ansatzweise zu anderen Städten und Kreisen vergleichbare Ausstattung auf Dauer nicht mehr zu stemmen sein werden. Wir wollen die Selbstorganisation im Sport stärken!

Auch in den kommenden Jahren stehen natürlich wieder Investitionen zum Erhalt der Mannheimer Sportstätten an. Im Bäderbereich befinden wir

Nachhaltig wirtschaften

Um Mannheim als zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort zu erhalten, müssen wir ihn zukunftsweisend und innovativ gestalten. Die Wirtschaftsförderung und die städtische Tochter **mg:GmbH** haben anhand der wirtschaftspolitischen Strategie die Gründungsinfrastruktur der Stadt Mannheim in den letzten Jahren gut und breit aufgestellt. Eine Lücke sehen wir aber.

Wir wollen zukünftig auch gezielt in den Zukunftsbranchen Umwelt, Mobilität, Smart City und Energie technologische Start-Ups ansiedeln. Wir wollen ein Gründungszentrum für neue Umwelt-, Mobilitäts-, und Energietechnik aufbauen und dabei auch unsere Beteiligung an der **MVV Energie AG** einbeziehen.

Die Gründungsförderung im Bereich Umwelt und Technik erweitert nicht nur das Angebot unserer städtischen Gründungsinfrastruktur, sondern bringt auch ein großes Potenzial zur Schaffung neuer Arbeitsplätze mit sich. Die Forschung und Entwicklung in den Zentren ist darüber hinaus ein wichtiger Beitrag zur Innovationskraft unserer Region. Das Gründungszentrum bietet eine große Chance für einen nachhaltigen Arbeitsmarkt mit neuen und langfristigen Arbeitsplätzen in Mannheim.

Darüber hinaus können Unternehmen, die an Basisinnovationen in Bereichen wie Speichertechnologien, Solartechnik, erneuerbare Energien, intelligenter Steuerung und Sensorik arbeiten, zu den Schlüsselindustrien der Zukunft heranreifen. Hierzu kann die gute internationale Vernetzung der Stadt genutzt werden.

uns auf einem sehr guten Weg, den wir auch weiterhin im **AK Bäder** konstruktiv begleiten werden. Entscheidend wird hier sein, das **Kombibad** im **Herzogenried** zügig zu realisieren. Dies ermöglicht dann eine Perspektive für das **Herschelbad**. Bei allen anstehenden Investitionen, gerade aber auch bei jenen der Vereine, werden wir die Nachhaltigkeitsthemen von Energie, Ökologie und Klima einbringen und mit der städtischen Förderung vernetzen. Das Vereinsheim von morgen muss energetisch auf hohem Niveau funktionieren und darf ruhig eine passende begrünte Fassade und/oder ein begrüntes Dach haben.

Wir wollen aber nicht nur gewinnorientierte Unternehmen, sondern auch **Social Entrepreneurship** unterstützen, also Unternehmen, die sich sozialen Zielen verschrieben haben.

Die Unzufriedenheit mit den Auswirkungen unseres Wirtschaftsmodells hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Hier hilft das Modell der **Gemeinwohlökonomie**, bei dem der wirtschaftliche Erfolg eines Unternehmens nicht nur an monetären Indikatoren gemessen wird, sondern auch an seinem Beitrag für die Gesellschaft, für Mensch und Natur.

Mit der **Gemeinwohlbilanz**, dem Herzstück der **Gemeinwohlökonomie**, können gesellschaftliche Werte wie Ethik-, Ökologie- und Sozialstandards eines Unternehmens mithilfe einer Matrix gemessen werden. Es gibt bereits einige Unternehmen in unserer Region, die eine **Gemeinwohlbilanz** erstellen sowie Hochschulen, die verstärkt über alternative Wirtschaftsmodelle forschen und Lehrstühle eingerichtet haben. Den „Konzern“ Stadt Mannheim sehen wir in der Pflicht, sich daran zu beteiligen. Wir freuen uns deshalb, dass die städtischen Tochterunternehmen **GBG**, **mg:GmbH**, **Eigenbetrieb Stadtentwässerung** so-

Foto: Pixabay



wie die FnF eine Gemeinwohlbilanz vorlegen wollen. Die notwendigen Ressourcen werden wir bereitstellen. Wir freuen uns, dass Startups diesbezüglich unterstützt und beraten werden sollen.

Auch wenn der Bereich der Unternehmensgründungen in den letzten Jahren großen Raum in der städtischen Wirtschaftspolitik eingenommen hat, dürfen wir die klassische Industrie, das Handwerk und den Einzelhandel nicht vernachlässigen. Auf ihrer Stärke basiert der wirtschaftliche Erfolg unserer Stadt. In diesen Sektoren gibt es viele Entwicklungen, aber ebenso die Notwendigkeit sich weiterzuentwickeln. Gerade die Digitalisierung und der Online-Handel werden uns in den nächsten Jahren fordern.

Der Kongressstandort Mannheim hat sich in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt. Die Übernachtungszahlen Mannheims sind kontinuierlich gewachsen. Mittlerweile gibt es auch eine angemessene Hotelinfrastruktur, es drohen sogar tendenziell Überkapazitäten. Diese Infrastruktur ist für den zunehmenden Städtetourismus wichtig.

Ein wesentlicher Bereich der Wirtschaftspolitik ist der Bereich der Beschaffung. Ein sparsamer und überlegter Umgang mit den natürlichen Ressourcen ist zwingend erforderlich, damit auch die nachfolgenden Generationen gut leben können. Die Erstellung des ersten Nachhaltigkeitsberichts aus dem Jahr 2016 ist ein guter Baustein auf dem Weg hin zu einer nachhaltigen Kommune, zeigt aber deutlich die Handlungsbedarfe für die nächsten Jahre auf. Die Situation in Mannheim ist zum Beispiel bei der öko-sozialen und fairen Beschaffung bei weitem noch nicht zufriedenstellend. Nach wie vor richten viel zu wenige Dienststellen ihre Beschaffung an den genannten Kriterien aus. Wir werden weiter darauf dringen, dass der Anteil der öko-sozialen und fairen Beschaffung in Mannheim gesteigert wird.

Im Bereich der Wirtschaftsförderung ist die Stadt Mannheim international sehr gut vernetzt mit ihren Partnerstädten und darüber hinaus. Die Stadt schafft es über Förderprogramme sinnvolle Projekte in Mannheim und in den Partnerstädten umzusetzen und Erfolge zu erzielen. Wir begrüßen diese Aktivitäten sehr, setzen aber darauf, dass die anderen Bereiche des internationalen Austausches kraftvoll weitergeführt werden.

Angesichts der Auseinandersetzungen unter unseren türkischstämmigen Mitbürger*innen über

die totalitären Entwicklungen in der Türkei unter Erdogan und dem Streit zwischen jüdischer Gemeinde und sunnitischer DITIB-Gemeinde wird klar, dass es in Mannheim vermehrten Klärungsbedarf im Zusammenleben von Menschen verschiedener Glaubens- und Weltanschauungen gibt. Wir können uns hier zum Beispiel Projekte mit unserer Partnerstadt Haifa vorstellen, die als Stadt in Israel vorbildlich für das friedliche und kooperative Zusammenleben Menschen verschiedenster Anschauungen ist. Das wird den Dialog der Religionen und Weltanschauungen unterstützen.

Ebenso regen wir in diesem Zusammenhang an, dass das im November auf Franklin eröffnete „globale Klassenzimmer“ nicht einfach eine sinnvolle Zwischennutzung von Teilen der ehemaligen amerikanischen Grundschule bleiben, sondern nach den Aktivitäten auf Franklin an zentraler Stelle der Stadt verstetigt werden möge. Wir könnten uns hier sehr gut eine künftig auch räumlich verankerte Kooperation mit der neu zu erbauenden Stadtbibliothek vorstellen, da es zwischen Stadtbibliothek und Eine-Welt-Forum bereits beste Kooperationserfahrungen auf Projektebene gibt.

„Global denken und lokal handeln“: Dieses Motto gilt nicht erst seit den beiden „Urban Thinker Campuses“ in Mannheim. Wir setzen darauf, dass der Leitbildprozess der Stadt und damit die globalen Nachhaltigkeitsziele in angepasster Form Grundlage unserer städtischen Zielsetzung und der eigenen zielorientierten Steuerung werden.

Mannheim ist eine europäische Stadt und eine Stadt, die sich klar zu Europa bekennt. Gerade angesichts der Turbulenzen um die Europäische Union wollen wir die Wichtigkeit und historische Bedeutung von Europa für unsere Stadt und ihre Entwicklung stärker in den Vordergrund stellen. In diesem Sinne unterstützen wir bürgerschaftliches Engagement und wollen die Diskussion um Europa gerade mit jungen Menschen voranbringen, auch in den Schulen.

Wir sehen den Bedarf und denken darüber nach, den hoch engagierten Mitarbeiter*innen im Fachbereich Internationales für die immer umfangreicher gewordene Arbeit der Vernetzung Mannheims mit den für uns wichtigen globalen Entwicklungen und der Unterstützung der erfreulicherweise regen Partnerschaftsszene Mannheims mehr Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Frauenpolitik – aktuell wie eh und je

Im kommenden Jahr wird das Frauenwahlrecht 100 Jahre alt. Wir wollen dieses Jubiläum nutzen, um die Frauenpolitik stärker in den Fokus zu nehmen. Frauenrechte sind Menschenrechte. Frauenförderung ist auch heute noch ein aktuelles Thema. Wir wollen den Chancengleichheitsplan in Mannheim umsetzen. Frauen müssen im gesamten Bereich des Lebens gleichberechtigt sein. Wir müssen in Mannheim ein gesellschaftliches Miteinander entwickeln, in dem für alltägliche Belästigungen und sexistische Sprüche kein Platz ist.

In der Arbeitswelt muss sich noch einiges tun. Es braucht mehr Frauen in Führungspositionen, auch in der Stadtverwaltung. Ziel ist, dass auch die gemeinderätlichen Gremien und Aufsichtsratsposten paritätisch besetzt werden. Die gesetzlich vorgeschriebene Frauenquote für börsennotierte Unternehmen wollen wir auf Tochtergesellschaften der Stadt übertragen, so wie es der Oberbürgermeister in seinem Wahlkampf versprochen hat.

Wir erwarten von der Stadt die Bereitstellung geschlechtersensibler Daten auch im Haushaltsentwurf, damit die unterschiedlichen Bedürfnisse von Männern und Frauen bei den Etatberatungen ausreichend berücksichtigt werden können. Da die Stadt Mannheim auf unsere Initiative hin im Jahr 2011 die „EU-Charta zur Gleichstellung von Männern und Frauen auf lokaler Ebene“ unterzeichnet hat, muss der finanzielle Rahmen dafür jetzt geschaffen werden. Das bisherige Gleichstellungsamt leistet hervorragende Arbeit. Es ist uns wichtig, dass die Gleichstellungsbeauftragte in ihrer Arbeit und ihrer Wirkungen nach innen und außen nicht eingeschränkt wird.

Frauen brauchen eigene Räume zu Austausch und zur Vernetzung. Frauentreffs wollen wir erhalten und fördern. Das Netzwerk Mädchenarbeit bietet spezielle Angebote und Alternativen für Mädchen an. Besonders Mädchen mit Migrationshintergrund nehmen diese Angebote gerne wahr. Hier werden die Mädchen gestärkt und dazu ermuntert, ihre Persönlichkeit zu entfalten.

Gerade für Teenager ist es wichtig, ein eigenes Bild von der Rolle als Mädchen bzw. Junge zu ent-

wickeln. Geschlechtsspezifische Angebote in der Jugendarbeit sind von großer Bedeutung.

Die Zahl der hilfesuchenden Frauen und Mädchen steigt weiter an und damit auch die Belastung der Mitarbeiterinnen des Frauen- und Mädchennotrufs. Es ist unbedingt geboten, dieses Angebot zu unterstützen und im Hinblick auf den hohen Zuwachs der Beratungsfälle eine stabile Finanzierung zu gewährleisten. Frauenhäuser bieten Frauen, die vor Gewalt fliehen, Schutz, Beratung und Begleitung sowie Perspektive für die Zukunft. Damit die Unterkunft und die spätere Wohnungssuche nicht erschwert werden, braucht es gute Planung und Absprache zwischen den jeweiligen Kommunen. Hier müssen wir die Zusammenarbeit in der Metropolregion nutzen, um die Situation der betroffenen Frauen und Kinder zu verbessern. Die finanzielle Lage der Frauen, oft mit Kindern, muss sichergestellt sein. Hier müssen die Kommunen sich ihrer Verantwortung stellen, um Frauen- und Kinderarmut zu vermeiden.

Eines besonderen Schutzes bedürfen Frauen in der Prostitution. Jetzt, wo das „Prostitutionschutzgesetz“ in Kraft getreten ist, muss auch in der Kommune dafür Sorge getragen werden, dass diese Frauen den Schutz auch spüren und Hilfe bekommen. Mit Bürokratie und hohen Kosten werden die betroffenen Frauen nur in die Illegalität und an den Rand der Gesellschaft getrieben. Die Beratungsstelle Amalie bietet ganzheitliche Beratung für Frauen in der Prostitution und ein Wohnprojekt für Aussteigerinnen. Diese Angebote gilt es unbedingt weiter zu erhalten und finanziell angemessen zu unterstützen. Unser Ziel muss lauten: Perspektiven schaffen und Menschenhandel stoppen.

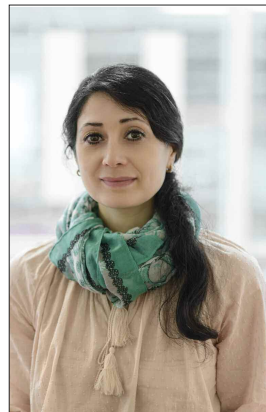
Foto: Pixabay





Von links
nach rechts:

Gabriele Baier
Raymond Fojkar
Gerhard Fontagnier
Dirk Grunert
Melis Sekmen
Nuran Tayanc
Elke Zimmer



Sehr geehrte Damen und Herren,

wir GRÜNE wollen „Mannheim für Morgen“ gestalten. Trotz finanziell relativ guter Rahmenbedingungen ist dies für den Gemeinderat nicht einfach, da die Herausforderungen groß sind.

Der Haushaltsentwurf der Verwaltung bildet eine gute Grundlage für die kommenden Beratungen. Bei den wichtigen Zukunftsaufgaben im Bereich Klima, Umwelt und Verkehr muss allerdings spürbar nachgesteuert werden. Die Unterstützung der bürgerschaftlichen Träger, Verbände und Initiativen, die wichtige Aufgaben für die Stadtgesellschaft übernehmen, muss noch gesichert werden. Dafür werden wir uns in den Beratungen im Dezember mit Elan und Energie einsetzen.

Ich möchte mich, auch im Namen meiner GRÜNEN Kolleg*innen, bei den städtischen Mitarbeiter*innen für ihre Arbeit, ihre Unterstützung und die vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanken.

Besonders erwähnen möchte ich im Rahmen der Etatberatungen die Mitarbeiter*innen der Kämmererei unter ihrem Leiter, Herrn Markus Manhart,

die mit ihrer Arbeit unsere Beratungen erst möglich machen.

Bedanken möchte ich mich außerdem bei Frau Bürgermeisterin Felicitas Kubala und ihrem Team, die dazu beitragen, dass unsere Stadt jeden Tag grüner wird.

Ein großer Dank geht an alle Bürger*innen, die uns mit Ideen und Vorschlägen, aber ebenso mit konstruktiver Kritik unterstützt haben. Sie erinnern uns daran, für wen wir Politik machen.

Mein Dank gilt insbesondere auch den Menschen, die mit ihrer haupt- und ehrenamtlichen Arbeit dafür sorgen, dass unsere Stadt ein menschliches Gesicht behält.

Besonders bedanken möchte ich mich außerdem bei meinen GRÜNEN Fraktionskolleg*innen und den Mitarbeiter*innen der GRÜNEN Fraktionsgeschäftsstelle für ihre Unterstützung bei der Erstellung dieser Rede.

Uns allen wünsche ich respektvolle, produktive und von Fachlichkeit geprägte Etatberatungen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!



im Gemeinderat
Rathaus E5 · 68159 Mannheim

Telefon 0621-293 9403

Telefax: 0621-156 1800

E-Mail: gruene@mannheim.de

Web: www.gruene-fraktion-mannheim.de
